

# Saftige Erhöhung für Politiker-Einkommen

**M**onatlich bis zu 500 Euro mehr bekommen Politiker nach der Erhöhung ihrer Einkommen ab 1. Juli 2006. Viele Menschen haben für einen ganzen Monat nicht so viel zur Verfügung, wie die Gehaltserhöhung für manche Politiker ausmacht. Der Unmut der Bevölkerung ist zu Recht groß. Seite 6

Elektrosmog:

**Umweltanwältin  
fordert Maßnahmen**

Ausflugsziele:

**Wir stellen steirische  
Ausflugsziele vor**

Umfrage:

**Wieviel sollen wir für  
Fußball ausgeben?**



Die vierte Klasse der Volksschule Seckau besuchte die Landeshauptstadt und fand einen Schneemann im Hof des Bischöflichen Ordinariats. Wir wünschen einen schönen Sommer, wann immer er kommt.

geben statt nehmen

**KPO**

**AUS DEM INHALT**

- Budget 2006: Letztes Familiensilber verkauft ..... S 2/3
- Die Wohnbauförderung ist in Gefahr .....S 5
- Mehr Geld für Politiker.. S 6
- Jugend braucht mehr PlatzS 9
- Wortgewaltig: Gregor Gysi in Graz .....S 10
- Streitfrage: Therme oder Rennstrecke.....S 12
- Aus für Voitsberg III .....S 13
- Wie gefährlich sind Handy und Co?.....S 14
- Consulting-Wahn: Das Berater-Unwesen .....S 15
- Ausflugs-Tipps für die ganze Familie..... S 16/17
- Gestank der Massentierhaltung ..... S 18/19
- Absage für Gentechnik . S 20



## BUDGET 2006: HERBERSTEIN BEKOMMT Letztes Familiensilber

**KLEIN,  
ABER MIT BISS**



*Ein teurer Geländewagen wird also neues ESTAG-Dienstauto. So gehts sicher leichter zur Dienst-Jagd.*

Steirische  
Volksstimme

**Offenlegung laut Mediengesetz:**  
Laut §25, Absatz 2: Medieninhaber (Verleger) ist die Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ). Die KPÖ ist eine politische Partei, Gründungspartei der Republik Österreich.  
Laut §25, Absatz 4: Die Blattlinie entspricht der politischen Linie der KPÖ Steiermark.

Impressum: Steirische Volksstimme, Lagergasse 98a, 8020 Graz.  
Tel. 71 24 79,  
Fax 71 62 91  
email: volksstimme@kpoe-steiermark.at  
DVR: 0600008



Mit den Stimmen der SPÖ und der ÖVP beschloss der Landtag den Budgetvoranschlag 2006. Finanzlandesrat Christian Buchmann (ÖVP) will bis 2009 einen ausgeglichenen Haushalt bilanzieren. Der Entwurf 2006 steht für Sparen und Ausgliedern von Landesimmobilien. KPÖ und Grüne lehnten den Voranschlag ab.

Über Wochen hatten sich ÖVP und SPÖ zusammengerauft, nun wurde der Budgetvoranschlag 2006 von Rot und Schwarz beschlossen. KPÖ und Grüne lehnten den Voranschlag ab.

Ingrid Lechner-Sonnek (Grüne) ortete im Budgetentwurf mehr Tricks als Neues. Die Steiermark sei nach wie vor „von einer Proporzläh-

mung erfasst.“ Die großen Themen – Feinstaub, Arbeits-

**DAS BUDGET 2006**

**Der Voranschlag** hat ein Gesamtvolumen von 4,1 Milliarden Euro. Das Defizit beträgt 161,5 Millionen (2005 waren es 318,8 Millionen). Die Schulden des Landes machen ca. 1,2 Milliarden Euro aus. 92 Prozent des budgets sind Pflichtausgaben.

**68,5 Millionen Euro** sind als „Wachstumsbudget“ vorgesehen. Sie werden durch Immobilienverkäufe an die landeseigene Immobiliengesellschaft (LIG) finanziert.

**Der Schuldenstand** konnte durch den Verkauf von zwei Wohnbaudarlehen verkleinert werden. Weitere Einsparungen wurden möglich, da 20 Prozent der 238 Millionen Euro, die das Land vom Bund für die Wohnbauförderung erhält, zur allgemeinen Haushaltsfinanzierung verwendet werden.

losigkeit – würden im Budgetentwurf finanziell kaum bedacht! Gerade im Bereich der Ökologie könnten, so Lechner-Sonnek, tausende Arbeitsplätze geschaffen werden.

Beim Hören der Redner von ÖVP und SPÖ fühlte man sich in den beginnenden Nationalratswahlkampf versetzt. BAWAG und ÖGB auf der einen Seite, soziale Kälte und Arbeitslosigkeit auf der anderen waren die Themen, die sich ÖVP und SPÖ an die Köpfe warfen. Trotz Arbeitsübereinkommens wurde verbal ausgeteilt.

Johann Bacher (ÖVP) mahnte eine strenge Budgetdisziplin ein. Denn laut einer Studie könnten in der nächsten Zeit 230 Millionen Euro eingespart werden. Bacher rührte in seiner Rede die bekannte Werbetrommel der Volkspartei: „Wer den Sozialstaat retten will, muss ihn in Frage stellen dürfen!“



Viele Zuseher lauschten den langen Reden zum Budget 2006, für die sich der Landtag drei Tage Zeit genommen hat.

## Nationalratswahl 2006 KPÖ tritt an

Mit einer offenen Liste zieht die steirische KPÖ in den Nationalratswahlkampf. Spitzenkandidat ist Franz Stephan Parteder.



deutet aber auch gesellschaftliche Umverteilung. Deshalb treten wir für eine Kürzung der Politgehälter ein, wie sie die KPÖ im Landtag vorschlägt. Und wir fordern unter dem Titel Millionärssteuer eine Besteuerung des Geldvermögens der superreichen Oberschicht mit nur fünf Prozent Vermögenssteuer. Die ergäbe jährliche Steuereinnahmen von rund sechs Milliarden Euro."

Parteder: „Das Beispiel von Ernest Kaltenegger, Elke Kahr und der anderen KPÖ-MandatarInnen, die einen Großteil ihres Politeinkommens für soziale Zwecke verwenden, zeigt, dass Politik in Österreich etwas anderes sein kann als die Selbstbedienung von Funktionären.

Geben statt nehmen be-

## 450.000 EURO ist verkauft

Die SPÖ, so Bacher, predige Wasser und trinke Wein. Das bestätige sich angesichts des BAWAG- und ÖGB-Skandals. Monika Kaufmann (SPÖ) lobte die „sozialdemokratischen Eckpunkte“ im Voranschlag 2006. In diesem Zusammenhang nannte sie die „Wohnbeihilfe Neu“, das Modell des „Betreuten Wohnens“ und die Abschaffung der Studiengebühren an den steirischen

Fachhochschulen. Die ÖVP müsse sich entscheiden, ob sie Zusammenarbeit wolle oder Opposition.

### Neue Einnahmen

Werner Murgg (KPÖ) brachte am Budgetentwurf eine Fundamentalkritik an. Der KPÖ-Redner nannte das Budget ein „Loch auf, Loch zu Budget“, das lediglich durch Einsparungen und den Verkauf von Wohnbaudarlehen und Immobilien saniert werde. Werner Murgg: „Dann gibt es noch eine gefährliche Drohung für die Zukunft: Die Ausgliederung der Pflegeheime und der Straßenerhaltung. Das heißt weniger Beschäftigte und schlechtere Lohn- und Arbeitsbedingungen der Belegschaften!“

Nach Meinung der KPÖ müsse das Budget einnahmenseitig saniert werden. Nicht durch neue Massenbelastungen, sondern durch Steuern und Abgaben, die von

denen zu erbringen seien, die es sich leisten könnten. Werner Murgg nannte in diesem Zusammenhang die Nahverkehrsabgabe oder eine Steuer auf Grundstücksspekulation. Schließlich erinnerte der KPÖ-Redner die SPÖ an ihre gebrochenen Wahlversprechen. So warteten arbeitslose Jugendliche immer noch auf den Lehrlingsfonds, die von hohen Strompreisen geplagten Haushalte auf den Strombonus. „Für eine echte Erneuerung im Land bedarf es eines Wechsels weg von einer Politik der Belastung hin zu einer Umverteilung des immensen Reichtums von oben nach unten. Dafür steht die KPÖ“, so Murgg.

„Es fehlt das Geld“, dieser Satz zieht sich durch alle Budgetdebatten der vergangenen Tage. Dabei ist eines bemerkenswert: Für Aufrüstungsschritte, wie den Eurofighterkauf, ist immer Geld vorhanden.“  
KPÖ-LAbg. Renate Pacher

### WAS UNS AUFFÄLLT...

... dass sich die von Finanzlandesrat Christian Buchmann propagierte Wende beim Budget offenbar noch nicht bis in die letzten Reihen seiner eigenen Fraktion durchgesprochen hat. Wie sonst könnte der ÖVP-Abgeordnete Hamedl während der Budgetdebatte mit dem Brustton der Überzeugung ausrufen: „Es hat sich beim Budget gegenüber voriges Jahr nichts geändert!“



KAPFENBERG

Sprechstunde  
mit KPÖ-LAbg.



Dr. Werner Murgg  
Donnerstag, den 22. Juni 2006

10.00 bis 12.00 Uhr,

Franz Bair Heim der

KPÖ Kapfenberg,

Feldgasse 8 (nahe ece)

Tel. 0676/6132771

KNITTELFELD

Sprechstunde

mit KPÖ-LAbg.



Renate Pacher

Mittwoch, den 21. Juni 2006

10.00 bis 12.00 Uhr,

KPÖ-Knittelfeld, Friedensstraße 10

Anmeldung: 03512 / 822 40

In der Residenz der ESTAG-Granden in Graz – im Volksmund „Palazzo Prozzo“ genannt – fallen die Entscheidungen über sündhaft teure Dienstkarossen oder über Strompreise, die bisweilen kaum verstehbar sind. Der Palazzo soll übrigens zur Image-Politur verkauft werden.



15 MILLIONEN EURO SPARPOTENZIAL

## STEWEAG-STEAG-Kunden bezahlen zu viel

Den wenigsten Kunden gelingt es, ihre Stromrechnung zu entschlüsseln. Könnte es sein, dass der größte Stromlieferant – STEWEAG-STEAG seine Kunden gezielt „desinformiert“?

Während der letzten Jahre finden STEWEAG-STEAG-Kunden auf ihren Strompreisrechnungen Preiskomponenten wie Arbeitspreis, Energiepreis, Stromkosten, Verbrauchspreis, Grundgebühr, Energiekosten und wieder Stromkosten. Man muss ein Experte sein um nachvollziehen zu können, was sich dahin-

ter verbirgt. In den Stromrechnungen der STEWEAG-STEAG werden Netzkosten mit Energiekosten immer wieder vermischt! Soll der Kunde tatsächliche Energiepreiserhöhungen nicht nachvollziehen können?

Zuletzt beglückte uns die STEWEAG-STEAG mit einer Kundenmitteilung, dass ab Jänner 2006 die Energie-

preise wegen gestiegener Beschaffungskosten angehoben werden, verbunden mit der Mitteilung, dass die Stromlieferung eingestellt wird, wenn man der Energiepreiserhöhung widerspricht.

### Kunden geneppt

Gleichzeitig gab es mit 1. Jänner 2006 eine Reduktion der Netztarife, die von der STEWEAG-STEAG offenbar nicht an ihre Kunden weitergegeben wurde. Offenbar genehmigt sich die STEWEAG-STEAG eine Energiepreiserhöhung im Ausmaß dieser Netztarifsenkung – oh-

ne die Kunden darüber zu informieren. Durch diese Vorgehensweise werden die Bemühungen der Regulierungsbehörde, die Netzpreise zu senken, unterlaufen.

Auch bei der Grundgebühr wurde die Reduktion des Leistungspreises ab 1. Jänner 2006 den Kunden nicht weitergegeben, sondern im betragsmäßig gleichen Ausmaß der Grundpreis erhöht.

Es schaut so aus, als zahlen die Haushaltsstromkunden für die verfehlte Beteiligungspolitik der ESTAG. Würden alle STEWEAG-STEAG-Kunden zu dem Billigstanbieter für die Energielieferung in Österreich wechseln, würden sie sich ohne Wechselbonus ca. 15 Millionen Euro jährlich ersparen! Die KPÖ hat deshalb mit den Grünen im Landtag einen Antrag eingebracht, in dem der Eigentümervertreter der ESTAG, Landeshauptmann Voves, aufgefordert wird, einen Tarifbeirat zur Strompreisgestaltung einzurichten.

**Helfen statt reden**

**Beratung in allen Lebenslagen**

**Notruf 0316/ 877 5104**

in Stadt



**KPÖ**

**Wir beraten Sie gerne. Tel. Anmeldung erbeten. Freitag im Landhaus!**

## BALD KEIN GELD MEHR

# Wohnbauförderung vor dem Kollaps?

Dem Land droht das Geld für die Wohnbauförderung auszugehen. Die Konsequenz: Weniger Wohnbau, höhere Mieten.

Wenn nicht rasch gegen- gesteuert wird, droht der „Wohnbauförderung in der Steiermark der Kollaps. Das aktuelle Landesbudget trägt zu einer weiteren Verschärfung der Lage bei“, warnt KPÖ-Klubobmann Ernest Kaltenegger.

Hintergrund der Bedenken ist die vor 13 Jahren erfolgte Umstellung der Finanzierung von Landesdarlehen für private Wohnbaukredite. Vor diesem Zeitpunkt erhielten Wohnungswerber direkte Darlehen vom Land, die auch ans Land zurückgezahlt wurden. Seit 1993 erhalten Häusl-

finanziert – letztere gehen nun allerdings an die Geldinstitute. Und im Budget 2006 zieht man unter dem Titel „Auflösung von Gebührstellungen“ neuerlich Geld aus dem Wohnbauressort ab.

### Alarmsignale

Ernest Kaltenegger: „Als Konsequenz aus dieser verfehlten Politik drohen für die Zukunft erhebliche Einschränkungen beim geförderten Wohnungsneubau und bei der Förderung von umfassenden Sanierungen. Werden keine erschwinglichen, geförderten Neubau-



Eine Verschärfung der Probleme droht im sozialen Wohnbau wenn das Land weitermacht wie bisher.

bauer hingegen öffentliche Zuschüsse für einen privaten Bankkredit. Dadurch ist das Land langfristige Verpflichtungen eingegangen, die nun zum Nachteil gereichen.

Aktuell betragen die Verpflichtungen des Landes aus der Wohnbauförderung ca. 2,1 Milliarden Euro. Dazu kommen noch 1,8 Milliarden Euro, die wegen des Verkaufs von offenen Darlehen an die Banken gezahlt werden müssen.

Bisher wurde die Wohnbauförderung mit Bundesmitteln und Rückflüssen aus gewährten Darlehen

wohnungen mehr errichtet, folgt daraus unweigerlich eine Verschärfung der Lage auf dem Wohnungsmarkt, die letztendlich für alle zu höheren Mieten führen wird.“

Wie groß die Nachfrage nach Sozialwohnungen ist, erkennt man an der Tatsache, dass es in der Landeshauptstadt Graz mittlerweile mehr als 1.600 vorgemerkte Wohnungssuchende gibt. „Ein Großteil dieser Suchenden hat aus finanziellen Gründen auf dem sogenannten ‚freien Markt‘ keine Chance“, warnt Kaltenegger.

## KOMMENTAR

### Für ein anderes Budget!

Von LAbg. Werner Murgg



In der jüngsten Landtagsitzung wurde der Budgetvoranschlag für 2006 beschlossen. Die KPO hat den Entwurf abgelehnt. Für die meisten unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger ist das Budget lediglich ein abstraktes Zahlenwerk. Nichts desto trotz ist es die in Zahlen gegossene Landespolitik. Es spiegelt wider wofür das Geld ausgegeben und wie es aufgebracht wird. Schauen wir uns das Budget einmal genauer an: Die Steiermark ist hoch verschuldet. Das laufende Defizit drohte aus dem Ruder zu laufen. Finanzlandesrat Buchmann verordnete der Steiermark einen rigorosen Sparkurs. Gespart wird aber in erster Linie nicht dort, wo man tatsächlich Einsparungen setzen könnte: bei Herberstein ist man nach wie vor großzügig und stellt schon wieder 450.000 Euro zur Verfügung, Profifußballklubs werden mit Haftungsübernahmen in Millionenhöhe verwöhnt, die Eventpolitik der Klasnic-Ära wird auch vom neuen Landeshauptmann fortgesetzt. So wurden allein für zwei Eröffnungen jüngst mehr als 200.000 Euro ausgegeben. Im Rahmen der Wirtschaftsförderung werden Investitionen multinationaler Konzerne bereits mit bis zu 30 Prozent der Investitionssumme von der öffentlichen Hand gefördert. Das verstehen immer weniger Steirerinnen und Steirer. Gleichzeitig hat Landesrat Buchmann mehrere gefährliche Drohungen parat. Die Landespflegeheime sollen ausgeliebert und der KAGES unterstellt werden, ebenso ist beim Straßenerhaltungsdienst an eine Ausgliederung gedacht. Man muss keine große prophetische Gabe besitzen, um vorherzusagen, auf wessen Kosten diese Ausgliederungen gehen werden. Es werden hauptsächlich die Beschäftigten sein, die die Zeche bezahlen müssen. Das Wachs-

tumsbudget des Landes wird allein durch Immobilienverkäufe an die Landesimmobiliengesellschaft finanziert. Das Defizit wird durch eine teilweise Umwidmung der Wohnbauförderungsgelder verringert. Immer mehr Menschen fragen sich zu Recht: Warum haben die öffentlichen Haushalte im siebentreichsten Land der Welt immer weniger Geld? Warum müssen wir angeblich von einem Sparkurs zum nächsten planen, obwohl der Reichtum explodiert und die Produktivität in den Betrieben Rekordhöhen erreicht? Glaubt man der Nationalbankstatistik, ist das Geldvermögen in Österreich auf unglaubliche 356 Milliarden Euro – fast 5 Billionen Schilling – angewachsen. Ein Prozent der Bevölkerung besitzen davon ein Drittel! Hier, in der ungerechten Verteilung des Reichtums und in der verkehrten Aufbringung der Steuerlasten, liegen die Ursachen der Budgetnöte der öffentlichen Haushalte! Deshalb müssen wir endlich wegkommen von einer ausgabenseitigen Sanierung des Budgets, hin zu einer einnahmenseitigen Budgetsanierung. Um die von der öffentlichen Hand im Sinne der Mehrheit unserer Bevölkerung getätigten Leistungen – Kindergärten, Lehrer, Wohnbeihilfe, öffentlicher Verkehr, Spitäler etc. – auf Dauer und ohne Leistungsabstriche finanzieren zu können, wird man neue Einnahmen erschließen müssen. Einnahmen nicht aus Massensteuern, welche wieder die große Mehrheit der Bevölkerung belasten, sondern Einnahmen, die sich aus dem immensen Reichtum und den explodierenden Gewinnen der Konzerne speisen. Für diese Budgetsanierung wäre die KPÖ zu haben. Alles andere bedeutet Sparen auf Kosten der Allgemeinheit. Dafür sind wir nicht zu haben!

## NOCH MEHR ABKASSIEREN 2,3 Prozent mehr Geld in die Säckel der Politiker

Während die KPÖ weiter auf weniger Bezüge für Politiker drängt, bekommen diese nun eine Finanzspritze. SPÖ und ÖVP verweigern die Diskussion zu geringeren Bezügen für Politiker.

Politiker haben immer weniger mitzureden, wollen aber immer mehr kassieren", ärgert sich KPÖ-Klubchef Ernest Kaltenegger. Er hat kein Verständnis für die Erhöhung der Politikerbezüge ab 1. Juli 2006. Die Erhöhung um 2,3 Prozent orientiert sich an der Inflationsrate für 2005, wie es das Bezügebegrenzungs-gesetz 1997 fordert. Ausgangsbasis für die Berechnung ist der Bezug der Abgeordneten im Nationalrat.

Die KPÖ drängt auf geringere Bezüge. Allerdings wurde der Antrag der KPÖ auf Kürzung der Politikerbezüge um ein Drittel bereits zweimal nicht zur Behandlung im Landtag zugelassen. Die KPÖ fordert, dass sich Politikergehälter am Ausgleichszulagenrichtsatz orientieren. Wenn der höchste Politikerbezug

in der Steiermark auf das Fünzehnfache dieses Werts beschränkt wird, würden die Landespolitiker ungefähr ein Drittel weniger verdienen als bisher.

„SPÖ und ÖVP können sich dieser Diskussion nicht auf Dauer verweigern. Wer den weniger privilegierten Teilen der Bevölkerung eine Belastung nach der anderen verordnet, muss sich auch Kritik gefallen lassen. Durch die Auslagerung von Kompetenzen an die EU und durch Privatisierungen haben die Politiker immer weniger mitzureden. Trotzdem wollen sie immer mehr kassieren“, kritisiert Kaltenegger.

Die KPÖ-Mandatare verwenden den Großteil ihres Politeinkommens für Hilfe. 2005 gingen 87.000 Euro an in Not geratene Menschen.

### Was Politiker ab 1. Juli verdienen

| Funktion                       | monatl. Bezug |
|--------------------------------|---------------|
| Bundespräsident                | 22.134 Euro   |
| Bundeskanzler                  | 19.762 Euro   |
| Vizekanzler mit Ressort        | 17.391 Euro   |
| Nationalratspräsident          | 16.601 Euro   |
| Minister                       | 15.810 Euro   |
| Landeshauptmann Steiermark     | 15.020 Euro   |
| Landeshauptmann Stv.-Stmk      | 14.229 Euro   |
| Landesräte                     | 13.439 Euro   |
| Volksanwalt                    | 12.648 Euro   |
| Präsident des Landesschulrats  | 7.905 Euro    |
| Nationalratsabgeordnete        | 7.905 Euro    |
| Landtagsabgeordnete Steiermark | 5.138 Euro    |
| Bürgermeister Graz             | 12.242 Euro   |
| Leiter Landesrechnungshof      | 8.300 Euro    |

Die steirischen Politikerbezüge werden nach dem Landes-Bezüge-gesetz geregelt und liegen dezent unter den mögliche Höchstgrenzen. Wenn ein Politiker Anspruch auf mehrer Bezüge hat, gebührt ihm „nur“ der höchste Bezug.



## ABSURDE JOB- UND Arbeitsmarktservice

9,3 Prozent der arbeitsfähigen Steirer sind derzeit arbeitslos – so viel wie nie zuvor. Das Arbeitsmarktservice (AMS) hat heuer nicht nur so viel Geld zur Verfügung, sondern auch so viel Arbeit wie nie zuvor. Der scheint man mitunter nicht gewachsen: Seltsame Jobangebote und Kurseinweisungen sorgen für Kritik.

Am Anfang habe ich gute Erfahrungen gemacht. Da bekam ich einen Job als Kellnerin, den ich gesucht hatte. Aber dann sperrte das Gasthaus zu – und ab da wurde es schwierig. Ich habe kein Auto, und trotzdem hat mir das AMS einen Job bei einem Gashaus angeboten, das 60 Kilometer von meiner Wohnung entfernt ist. Nach Dienstschluss in der Nacht fährt da kein öffentlicher Verkehr mehr nach Hause.

Frau Maier (Namen geändert) versteht das AMS nicht mehr. Ihre Erlebnisse gehen noch weiter. „Ich bin gelernte Kellnerin. Dann musste ich mich als Küchenplanerin bewerben. Der diesen Posten ausgeschrieben hat, hat geschaut wie ein Auto.“

Frau Maier ist mit ihren Erfahrungen nicht allein. Auch Herr Müller kann ein Liedchen vom AMS singen: „Anstatt eines Vertreterpostens schickte mich das AMS zu Firmen, wo ich auf selbstständiger Basis arbeiten und hohe Investitionen tätigen hätte müssen.“

Frau Huber hingegen wurde in einen Kurs zu einem Thema geschickt, in dem sie bereits ausgebildet war. Das weitere Procedere bei allen Betroffenen: Bewirbt man sich nicht, verliert man das Arbeitslosengeld. „Auf die Frage, woher ich das Geld für Telefonate und Bewerbungen für diese unmöglichen Jobangebote nehmen sollte, hörte ich nur, das sei mein Problem“, ärgert sich Müller.



Immer wieder hört man Kritik am AMS: Herablassende Behandlung als Bittsteller, dubiose Job- und Kurszuweisungen sorgen für Ärger. Das AMS ist um Verbesserung bemüht.

## KURSANGEBOTE

# im Kreuzfeuer

### Bittsteller beim AMS

Müller hat inzwischen seinen erhofften Job gefunden. Allerdings nicht über das AMS, sondern auf dem privaten Stellenmarkt. Auch Huber rät allen, sich hauptsächlich auf Inserate und Jobbörsen zu konzentrieren: „Meine wichtigsten Gespräche liefen über diese

Schiene. Beim AMS vermissen ich Kompetenz und Professionalität in der persönlichen Betreuung. Da bekommt man unterschwellig mit, dass man als Jobsuchender nichts zu reden hat und nur ein Bittsteller ist. Die telefonische Betreuung hingegen wird sehr gut abgewickelt.“

Beim AMS Steiermark ist man sich der Probleme bewusst. „Wir betreuen tausende Menschen. Fehlzusweisungen kommen vor, das wird es immer geben“, lässt man wissen. Und verweist etwa auf den AMS-Ombudsmann Herbert Buchgraber, der sich dieser Fälle annimmt.

Dennoch hält man beim AMS fest, dass man sich nicht auf seinen Traumjob festlegen sollte: „Angesichts der Situation am Arbeitsmarkt ist es schwierig, sich auf einen Beruf zu versteifen. Aber im Fall von absurden Zuweisungen gehen wir der Sache nach und suchen nach besseren Lösungen.“

### AMS-DATEN

Ende April 2006 waren 30.724 Steirer – 14.357 Frauen und 16.367 Männer – als arbeitslos gemeldet. 9.383 Personen waren in Kursen geparkt. 7.227 Steirer sind als langzeitarbeitslos eingestuft.

Im ersten Quartal 2006 wurde 987 Personen das Arbeitslosengeld gestrichen, weil sie eine Kontrollmeldung unentschuldigt versäumten. 279 bekamen kein Arbeitslosengeld mehr, weil sie ein „zumutbares“ Jobangebot nicht annahmen.

## MEINUNG



Ernest Kaltenegger

# Kindesweglegung

Ein Fall von Kindesweglegung gibt es aus der steirischen Landespolitik zu melden: Niemand will für die mit Juli angekündigte Fahrpreiserhöhung beim Verkehrsverbund verantwortlich sein! Weiter nicht verwunderlich, schließlich ist es nicht gerade populär, wenn gerade umweltbewusste Benutzer öffentlicher Verkehrsmittel schon wieder tiefer in die Tasche greifen sollen. Feinstaub hin oder Feinstaub her!

SPÖ und Grüne versuchen sich mit Anträgen im Landtag zu übertreffen, in denen die Rücknahme der beabsichtigten Preiserhöhung verlangt wird. Eine durchaus lobenswerte Sache, die leider einen großen Schönheitsfehler hat. Auf diesen stößt man, wenn man sich anschaut, wie es überhaupt zu diesem Hinaufschneiden der Preise kommen kann. Schließlich hatte das Land beim Verkehrsverbund immer ein gewichtiges Wort mitzureden.

Aber diese Möglichkeit hat sich der Landtag vor etwas mehr als einem Jahr selbst genommen.

Mit den Stimmen von ÖVP, SPÖ, FPÖ/BZÖ und Grünen wurde ein neuer Vertrag mit dem Verkehrsverbund beschlossen. Genau dieser ermöglichte nun den Verkehrsunternehmungen an der Tarifschraube zu drehen. Seitens der Politik zeigt man sich plötzlich überrascht, dass so etwas nun tatsächlich geschieht. Als ob man keine Ahnung habe, was in dem Vertrag steht, den man selbst beschlossen hat. So sieht eine politische Kindesweglegung aus.

In den nächsten Wochen wird es sich zeigen, wie ernst es vor allem der Landeshauptmannpartei ist, wirklich etwas gegen die Fahrpreiserhöhungen zu unternehmen. Auf eine fehlende Mehrheit im Landtag wird man sich wohl nicht ausreden können.

## SCHLOSS LIND

# Streitbares Mahnmal

Heimat von der „anderen Seite“ zeigt der Künstler Aramis auf Schloss Lind. Er versteht durch ungewöhnliche Zugänge, Heimat kritisch zu definieren.

„Das andere Heimatmuseum“ nennt sich die Ausstellung in Schloss Lind, das einst Außenlager der Konzentrationslager Dachau und Mauthausen war. Seit der Pächter, der Künstler Aramis, davon erfahren hat, provoziert er durch seine schonungslose Kritik an der NS-Geschichte und stößt zudem in die hin-

tersten Winkel der Heimat vor, in die man sonst nicht gerne schaut. „Lieben in einem kalten Land II“ ist die diesjährige Fortsetzung in Aramis Bemühen, Licht in die Abgründe des Menschlichen zu bringen. Ein Bemühen, das ihn um die Gunst des Schlossseigners Stift St. Lambrecht, der Regionalpolitik oder der Banken gebracht hat. Wahrheit kann schmerzlich sein. Wie sehr, sieht man auf Schloss Lind in St. Marein bei Neumark, täglich außer Mo von 17 bis 20 Uhr.



## 60 Jahre – aber immer jung

# Kinderland feiert Geburtstag

Für tausende SteirerInnen aller Altersgruppen sind die Ferienaktion von Kinderland, der Kärntner Turnersee, das Ferienheim St. Radegund, die vielen Tage und Abende in den dutzenden Kindergruppen im ganzen Land ein Begriff und mehr als nur eine Erinnerung.

Dieser Tage feiert Kinderland seinen 60. Geburtstag mit einem Wochenende im Feriendorf Turnersee. Dort wird es auch zu einem Treffen „Achtzig plus“ kommen, also jener Menschen der ersten Tage und Jahre, als Kinderland entstand und zu einer großen, wichtigen Organisation wurde. Sie und ihre NachfolgerInnen haben einen wichtigen Beitrag zur Bildung und Weiterentwicklung von Bewusstsein geleistet und ihre historische Bedeutung liegt darin, dass mit ihrer Hilfe immer wieder aufs Neue junge gesellschaftskritische, sozial und politisch aktive Menschen ins Leben getreten sind.

### Nachkriegszeit und Pionierarbeit

In ganz Österreich war damals Kinderland eine bedeutende Eltern-Organisation und es gab hunderte Junggarde- (die Zehn- bis Vierzehnjährigen) und Sturmvogel-Gruppen (bis zehn Jahre), die zum Großteil von sehr jungen Menschen geleitet wurden. Das Gemeinschaftserlebnis der Kinder war intensiv und vielfältig, denn die meisten Gruppen trafen sich nicht nur zweimal in der Woche, sondern auch an vielen Wochenenden. Die Ferienheime in ganz Österreich waren stets voll, zahlreiche Zeltlager und internationa-

ler Austausch ergänzten das Ferienangebot.

Vor allem in den Industrieorten der Obersteiermark bestanden große Eltern-Kinder-Organisationen. In den Gruppen gab es außer den ganz Jungen viele erfahrene JugendfunktionärInnen aus der Vorkriegszeit, von denen



**Das Kinderland-Feriendorf am Sablatnigsee/Turnersee in Kärnten:** Angeboten werden heuer **Wanderwochen** mit dem geprüften Wanderführer Jürgen Roßoll. Weiters gibt es in der **HipHop Woche** Grundkenntnisse über Geschichte und typische Eigenheiten des Hip Hop zu erfahren – mit Beate Senekowitsch. Zuletzt eine **Gitarren-/Musikwoche** mit dem Lehrer und Liedermacher Rudi Burda. Info und Anmeldung: Kinderland Steiermark: Tel. 0316/829070, [www.kinderland-steiermark.at](http://www.kinderland-steiermark.at)

die meisten in Kontakt mit der Widerstandsbewegung gewesen waren.

### Die Zeit bleibt nicht stehen

Wir dürfen die damaligen Bedingungen nicht mit dem Standard unseres 21. Jahrhunderts vergleichen – das Leben, die Ansprüche, die sozialen und ökonomischen sowie gesetzlichen Voraussetzungen waren anders. Wir waren damals viel freier und die Erfolgserlebnisse der uns anvertrauten Kinder unvergleichlich vielfältiger. Wie können heute Menschen dieser Altersgruppen das Gemeinschaftserlebnis genießen, wie es für die Entwicklung einer Solidarität nötig ist? Wie lebte die junge

Generation damals? Womit befasste sie sich, oder besser: womit wurde sie befasst? Die Freizeitindustrie war im Entstehen und ordnete schon damals Freizeitbedürfnisse nach den Bedürfnissen von Großkonzernen der Freizeitindustrie. Was sich heute abspielt, keimte damals erst.

und Betriebsräten geholfen hatte, um möglichst vielen Kindern einen schönen und auch notwendigen Ferienaufenthalt zu sichern, wurde von Jahr zu Jahr weniger. Zugleich wurde es schwieriger, freiwillige MitarbeiterInnen zu finden. Nicht zuletzt stiegen sowohl die behördlichen Anforderungen und persönlichen Bedürfnisse an Infrastruktur und Ausstattung der Ferienheime. All das brachte zusätzliche Kosten, wodurch die Elternbeiträge für viele Familien schwerer finanzierbar wurden.

Eine gewaltige Anstrengung unternahm Kinderland damals mit dem Bau des Feriendorfes am Turnersee. Zuvor waren die Quartiere auf verschiedene Bauernhöfe verteilt, manche relativ weit vom See entfernt. Jedes Jahr arbeiten dutzende freiwillige HelferInnen beim Reparatur- und Modernisierungsbedarf des Dorfes. Im letzten Winter waren besonders schmerzvolle Schäden entstanden, die nur dank einer erfolgreichen Spendenaktion bewältigt werden konnten.

Dem Einsatz der Generation in den Geburtsstunden von Kinderland ist der Grundstein für die erfolgreiche Weiterentwicklung zu danken. Wo diese AktivistInnen der ersten Jahre ihr Leben und das der ihnen anvertrauten Kinder bereichert haben, stehen heute viele junge Menschen und setzen das Werk fort. Den einen ist zum 60. Geburtstag von Kinderland Dank zu sagen, den anderen viel Erfolg für ihre wertvolle Arbeit zu wünschen.

*Hubert Schmiedbauer*

Kinderland Steiermark Büro  
Mehlplatz 2/II, 8010 Graz  
Tel.: 0316/829070  
[www.kinderland-steiermark.at](http://www.kinderland-steiermark.at)

Dennoch war es nicht immer leicht, anders zu leben, andere Interessen zu verfolgen als die meisten jungen Menschen, mit denen man in Schule, Beruf oder Wohnumgebung zu tun hatte. Stets war die Mehrheit nicht in irgendwelchen Organisationen aktiv.

### Sozialabbau trifft die Kinder

Die Gruppenarbeit wurde in den sechziger Jahren schwieriger, die Kinder konnten sich immer weniger auf eine Tätigkeit konzentrieren. Die Ferienaktion spürte zunehmend den Druck auf das Sozialsystem, denn was an Zuschüssen von Krankenkassen, Gemeinden, Betrieben



## BESSERER WOHNBAU

# Mehr Platz für die Jugend

In größeren Wohnsiedlungen gehören Probleme zwischen Erwachsenen, Kindern und Jugendlichen zur Tagesordnung. Die Großen fühlen sich belästigt, den Jüngeren fehlt der Freiraum. Die KPÖ macht sich nun für mehr Platz für Kinder und Jugendliche stark. Was wiederum den Großen mehr Ruhe bescheren soll.

Als ich kürzlich eine Anotbremsung mit dem Fahrrad gemacht hab, um dem Henni nicht auf's Hinterrad zu tuschen, hat es gequitscht. Genau unter seinem Fenster. Da ist er herausgeschossen in seinen Patschen und im Unterleiberl und hat uns zusammengeschnitten, dass wir neunmal-kluger Vollidioten sind, die die Nachmittagsruhe der Menschen nicht einhalten

können, dass wir neun deperte ...löcher sind, die noch blöd lachen und ihn ärgern wollen.“ – Streitfälle wie dieser im Jahresbericht der Kinder- und Jugendanwaltschaft Steiermark geschilderte sind keine Seltenheit. Vorladungen wegen Ruhestörung oder Hausfriedensbruch durch Kinder gehören zur Tagesordnung.

Dabei ließe sich das leicht vermeiden, ist KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler überzeugt. Die gelernte Kindergartenpädagogin ortet eine falsche Planung von Wohnsiedlungen. „Freiräume werden kleiner oder fallen ganz weg. Auf die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen vergisst man vielfach“, ärgert sich Klimt-Weithaler, „und wenn man Spielplätze anlegt, sind die nur für kleine Kinder ausreichend. Schulkindern und Jugendlichen fehlen Aufenthaltsmöglichkeiten im nahen Wohnumfeld“.

## Streit programmiert

Streitereien sind also programmiert. Wer freut sich schon über dauerhaftes Kindergekreische im Innenhof – selbst wenn es voll Freude angestimmt wird? Oder wer jubelt gern jeden Nachmittag mit jugendlichen Fußballstars über Dribblings zwischen Hauswänden? Für die KPÖ-Mandatarin gehört bei der Planung angesetzt: „Kindgerechtes Planen und Bauen ist gefragt“, fordert sie,



Streitfall Spielplatz: Für Kleine gibt es etwas, größere Kinder und Jugendliche schauen durch die Finger.

„kinder- und jugendgerechter Wohnbau muss verbindlich in den entsprechenden Gesetzen verankert werden“. Wer Siedlungen geschickt anlegt, könne Konflikte schon dadurch vermeiden.

Unterstützung für dieses Vorhaben kommt vom Gemeinderat der Stadt Graz. Der hat schon 2004 beschlossen, dass derartige Vorgaben umgesetzt werden müssen. „Die Landesregierung sollte es als ihre Aufgabe sehen, den Kindern und Jugendlichen ein gesundes und kindgerechtes Aufwachsen zu ermöglichen“, pocht Klimt-Weithaler auf die Einbeziehung der Kinder und Jugendlichen, wenn es um das Planen und Umsetzen der entsprechen-

den Maßnahmen geht. Die notwendigen Gesetzesänderungen sollen mit Hilfe von großen und kleinen Experten und Expertinnen umgesetzt werden.

## Claudia Klimt-Weithaler,

geboren 1971 in Fohnsdorf, Kindergartenpädagogin, verheiratet, Mutter von zwei Töchtern (8 und 5 Jahre). Sie leitet eine Kinderbetreuungseinrichtung in Graz. Sie ist unter Tel. (0316) 877-5104 oder [claudia.klimt@kpoe-steiermark.at](mailto:claudia.klimt@kpoe-steiermark.at) erreichbar.



## WOHNBAU FÜR FAMILIEN

**Mit ein bisschen** gutem Willen ließe sich schon im Wohnbau viel Konfliktpotenzial vermeiden. Die Kinder- und Jugendanwaltschaft Steiermark und das Kinderbüro haben eine Reihe von Kriterien für einen familienfreundlichen Wohnbau parat:

**Naturräume** sollten sich in Wohnungsnähe befinden.

**Ein großzügiger** Gemeinschaftsbereich für alle.

**Spiel- und Freizeitflächen** für alle Altersgruppen, nicht nur für Kleinkinder.

**Spiel- und Rückzugsmöglichkeiten** bei Schlechtwetter und im Winter.

Eine gute **Schalldämmung**. **Kinder bei der Planung**, bei der Hausordnung und beim Umsetzen der Maßnahmen mitreden lassen.

Laut § 10 Stmk. Baugesetz ist bei Wohnhäusern mit mehr als drei Wohnungen übrigens ein Spielplatz verpflichtend vorgesehen.





Riesig waren mediales und öffentliches Interesse an Gregor Gysi, dem Chef der deutschen „Linken“.

## GREGOR GYSI

Gregor Gysi wurde am 16. Jänner 1948 in Berlin geboren. Seit 2005 ist er Vorsitzender der Bundestagsfraktion „Die Linke.PDS“, die nun im deutschen Bundestag mit 54 Mandaten vertreten ist.

Gysi ist gelernter Facharbeiter für Rinderzucht und Jurist. Nach dem Ende der DDR wurde er Vorsitzender der neuen Partei des demokratischen Sozialismus. 2003 verabschiedete sich Gysi aus der Politik, weil er beruflich gesammelte Bonus-Flugmeilen privat genutzt hatte.

2005 stieg Gysi wie Phönix aus der Asche auf. Er kandidierte als Spitzenkandidat der Linkspartei, erzielte unerwartet hohe Ergebnisse und wurde neben Oskar Lafontaine zum Fraktionsvorsitzenden gewählt.

## GREGOR GYSI IN GRAZ

# Anwalt für Menschen ab 45

Der Fraktionschef der deutschen Linksparteien Gregor Gysi war auf Einladung der KPÖ in Graz. Er zog gegen Jobverlust, Lohndumping und Sozialabbau zu Felde. Besonders setzt er sich für Menschen ab 45 ein, die es am Arbeitsmarkt schwer haben

**S**ie haben ja ein kleines Wunder erlebt in der Steiermark mit dem Einzug der KPÖ in den Landtag nach vielen Jahrzehnten. Bei uns ist die Situation ähnlich. Eigentlich dachten wir lange nur nach, wie wir politisch überleben können. Und jetzt bekommen wir Stimmen wie nie zuvor.“ Gregor Gysi, Chef der deutschen Linksparteien, ist sichtlich zufrieden mit der politischen Entwicklung in Deutschland – und in Österreich. Er ortet da wie dort unter den Menschen viel Verständnis für Parteien links der Sozialdemokratie.

„Wenn es so weitergeht wie bisher, machen sich die Menschen alles kaputt. Das wird nicht passieren“, sagt der

charismatische Politiker voll Zuversicht.

Allerdings nicht ohne zuvor die aktuelle Politik und das Vorgehen der Finanzwirtschaft zu geißeln. „Die internationalen Finanzmärkte sind radikal wie nie zuvor. Sie setzen ihre Interessen völlig unverschleiert durch und führen dafür sogar Kriege – wie im Irak um das Erdöl“, meint Gysi. Die Sozialdemokraten konnten diesen Prozess nicht stoppen – vor allem in Deutschland, das ja von Gerhard Schröders SPD lange Jahre geführt worden ist. „Einen Sozialabbau wie unter Schröder gab es noch nie in Deutschland“, so der Chef der Linksparteien, „der Ruf nach einem Korrektur-

faktor, die Akzeptanz für Parteien links der Sozialdemokratie wurde immer größer. Das ist in Deutschland so, wo es tief greifende Ängste vor dem Kommunismus gibt. Und das lässt sich quer durch Europa beobachten“.

### Aufschwung von Links

Mit einem Auge schielt Gysis Linkspartei nach Österreich. Er hegt die Hoffnung, dass „die sozialdemokratische Schiene die konservative wieder ablöst“. Denn auch in Österreich haben die Menschen Ängste – und die Linke habe die Aufgabe, Alternativen anzubieten. Ob es in Österreich einen ähnlichen Aufschwung der Linken geben wird wie in Deutschland, bezweifelt KPÖ-Klubchef Ernest Kaltenecker vorerst: „Viele Menschen wollen eine Änderung. Aber die Zeit für uns als Alternative ist

vielleicht erst dann da, wenn die Menschen erkennen, dass eine SPÖ-dominierte Regierung nicht wesentlich anders agiert als das Bündnis ÖVP/BZÖ derzeit.“

### 50-Stunden-Woche

Wie es in unserer Zukunft aussehen wird, liege für Gregor Gysi in den Händen der Menschen: „Die sind aufgeschlossen, sie werden sich wehren.“ Außerdem müsse die Linke stark bleiben als Gegenpol, sonst könnte es bald schlimm aussehen – mit 50-Stunden-Wochen, dem weiteren Verlust von Arbeitsplätzen trotz Gewinne schreibender Unternehmen, meint Gysi.

Bei der Diskussion im Grazer Heimatsaal legte sich Gysi besonders für Menschen ab 45 ins Zeug: Bei Arbeitsplatzverlust haben sie es besonders schwer wieder einen Platz zu finden.



Der ÖGB kommt mit seiner inzwischen ungeliebten Bank BAWAG nicht aus den Schlagzeilen. Am Dach des neuen ÖGB-Quartiers in Graz gibt es übrigens kein Luxus-Penthouse.

## ÖGB-BAWAG-SPÖ

Am Vormittag des 1. Mai hat ÖGB-Präsident Hundstorfer auf der Tribüne noch starke Worte gefunden, am Abend des selben Tages hat er dann im Bundeskanzleramt der Offenlegung des ÖGB-Streikfonds gegenüber der Nationalbank zugestimmt. Das zeigt, wie schwer der Schaden ist, den der BAWAG-Skandal der österreichischen Gewerkschaftsbewegung zugefügt hat. Es geht so weit, dass man nicht einmal mehr von einer Autonomie des ÖGB gegenüber dem Staat reden kann.

Man hat gemacht, was man auf keinen Fall machen soll, und letzten Endes in der Karibik eine wichtige Errungenschaft der Gewerkschaftsbewegung, ihre Autonomie gegenüber Staat und Kapital, verspielt.

In einer Zeit des Sozi-

alabbaus und des Angriffs auf elementare Rechte der unselbständig Beschäftigten sollten sich alle Kräfte der Arbeiterbewegung darauf besinnen, für wen sie eigentlich da sind. Das sind auf keinen Fall die Abkassierer, die ganz oben zu finden sind.

In der Welt des Finanzkapitals geht es so wie im Kasino. Man spielt Hasard – und zwar um Milliardenbeträge. Zahlen müssen aber meist nicht die Manager und die Spitzenpolitiker. Für die Kosten von Pleiten oder von riskanten Geschäften soll die Allgemeinheit aufkommen.

Die Fälle BAWAG, ÖGB und Arbö sagen leider mehr über das Wesen der SPÖ-Führung aus als ihre scharfen Wahlkampfreden gegen den Neo-Liberalismus und gegen die unsoziale Politik der Regierung.

Peter Scherz ist der Vertreter des Gewerkschaftlichen Linksblocks (KPÖ-Fraktion) in der steirischen Arbeiterkammer. Er kritisierte schon vor Jahren die undurchsichtigen Finanzen des ÖGB.



## Verstaatlichtenkonferenz der KPÖ Wieviel Staat brauchen die Betriebe?

Ein öffentliches Unternehmen nach dem anderen wird derzeit privatisiert, Jobs ohne Ende abgebaut. Ist öffentliches Eigentum eine Frage von gestern?

Auf großen Plakaten wirbt man derzeit für den Börsengang der Post. Sie ist eines der letzten Unternehmen, das derzeit noch in öffentlicher Hand ist und demnächst der Börse überlassen wird – um Leistungen und Arbeitsplätze abzubauen und stattdessen die Gewinne für einige Aktionäre in die Höhe zu treiben.

„Ist öffentliches Eigentum eine Frage von gestern?“, lautet demnach der Titel des Symposiums, in dem der KPÖ-Bildungsverein und die Alfred-Klahr-Gesellschaft den Stellenwert der Verstaatlichten Industrie ergründen werden. Das Symposium findet am 23. und 24. Juni im Alten Rathaus in Leoben statt.

Das Datum ist bezeichnend für das Thema: Vor 60 Jahren fixierte der Nationalrat das 1. Verstaatlichungsgesetz. Das Symposium soll beleuchten, wie wichtig die Verstaatlichung von Bergbau, Metall-, Hütten-, Fahrzeug-

**60 JAHRE VERSTAATLICHUNGSGESETZ**

**Öffentliches Eigentum – eine Frage von Gestern?**

**Podiumsdiskussion**

**Mag. Christian Felber** (freier Publizist)

**DI Hannes Missethon** (Abg. zum Nationalrat, ÖVP)

**Dr. Werner Murgg** (Abg. zum Landtag, KPÖ)

**DI Dr. Rudolf Streicher** (Bundesminister a.D., öffentliche Wirtschaft u. Verkehr)

**Gottfried Zauner** (Vorsitzender der Post-Gewerkschaft Oberösterreich)

Moderation: **Dr. Walther Leeb** (Präsident der Alfred Klahr Gesellschaft)

**Leoben, Congresszentrum im Alten Rathaus  
Freitag, 23. Juni 2006, 19 Uhr**

**Symposium**

Symposium zum Thema Öffentliches Eigentum  
Leoben, Congresszentrum im Alten Rathaus – 23./24. Juni 2006, 9.30 – 18.30 Uhr

Alfred Klahr Gesellschaft  
Verein zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung  
Bismarckgasse 1, A-8360 Leoben  
Tel. (+43-31) 982 10 86, Fax (+43-31) 982 10 80 18

**KPÖ BILDUNGSVEREIN**  
[www.kpoe-steiermark.at](http://www.kpoe-steiermark.at)

oder Erdölindustrie und der Elektrowirtschaft für die Entwicklung der 2. Republik war. Und es soll Klarheit darüber bringen, was eine Privatisierung für die Belegschaft bedeutet, wer wirklich davon profitiert und welche Strategien sich gegen die aktuelle Privatisierungswut entwickeln lassen.

Informationen und Anmeldung unter: [www.klahrgesellschaft.at](http://www.klahrgesellschaft.at).

## Eurofighter - Nein danke

Die Finanzierung des Eurofighter-Deals durch die Republik Österreich liegt in den Händen der BAWAG-PSK. Das passt zusammen: Die Abfangjäger sind sündteuer, der Kaufvertrag ist dubios und die Bevölkerung muss zahlen.

Das alles ergibt nur dann einen Sinn, wenn man weiß, dass die Eurofighter am Standort Zeltweg genau in das Konzept der Euro-Armee passen. Deshalb sagen wir weiterhin Nein zu den Eurofightern.

www.kpoe-steiermark.at  
**Allerhand**  
aus Stadt  
und Land

## Einbettzimmer- zuschlag in Altenheimen: Antrag abgelehnt

Die KPÖ stellte den Antrag, im Budget Finanzmittel vorzusehen, um für Insassen von Pflegeheimen die Kosten des Einbettzimmerzuschlages abzufedern. Land und private Betreiber haben sich auf einen Vertrag geeinigt, der es den Heimbetreibern erlaubt, bis zu 6 Euro pro Tag von den Heimsinsassen als Einbettzimmerzuschlag zu verlangen. Die meisten Bewohner von Altenheimen haben kleine Pensionen. Sie finanzieren diesen Einbettzimmerzuschlag mit den 20 Prozent ihrer Pension, die ihnen per Gesetz zur Deckung ihrer persönlichen Ausgaben bleiben müssen. Bei 180 Euro Einbettzimmerzuschlag im Monat bleibt dann kaum etwas für den persönlichen Bedarf. Der KPÖ-Antrag sieht vor, Bezieherinnen und Bezieher von kleinen Pensionen vom Einbettzimmerzuschlag zu befreien. Je nach Pensionshöhe sollte der Zuschlag zwei, jedoch nicht mehr als maximal vier Euro am Tag betragen. Der Antrag wurde mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP abgelehnt. Renate Pacher (KPÖ): „Ein Einbettzimmer in einem Altenheim darf im siebentreichsten Land der Welt kein Luxus sein!“



## SPIELBERG STATT FOHNSDORF

# Rennstrecke überflügelt Therme

Unter dem Titel „Spielberg neu“ sind im Landesbudget Mittel für eine Neuauflage des „Projektes Spielberg“ vorgesehen. Das Land hat dafür Grundstücke angekauft. Unter den Teppich wird bei all dem gekehrt: Es gibt auch ein „Spielberg alt“.

**S**pielberg alt“ bedeutet, dass seine moderne und Millionen teure Rennstrecke in eine Baustelle verwandelt wurde, dass alle alten Bewilligungen erloschen sind. Alles, was auf dem Renngelände künftig gebaut wird, bedarf neuer Genehmigungen. Bis heute hat freilich noch niemand die Verantwortung für den Abbruch des ehemaligen A1-Ringes übernommen.

**N**un scheint die Neuauflage des Projektes Spielberg vielen Flügel zu verleihen, wobei es allerdings viele offene Fragen gibt. Welche Firmen werden sich finanziell beteiligen? Wird ein Projekt eingereicht, das umweltverträglich ist? Immerhin ist das Aichfeld ein Gebiet mit erhöhter Feinstaubbelastung. Wird es zu Einwendungen von Bürgerinitiativen kom-



Wasserhahn Therme Fohnsdorf: Seit Jahren ist alles vorbereitet

men und nicht zuletzt: Wie viel Geld muss das Land selbst in die Hand nehmen?

**G**leichzeitig gibt es ein Projekt, das viel weiter gediehen ist als das Projekt Spielberg: Die Therme Fohnsdorf. Der Fohnsdorfer Gemeinderat hat ein Finanzierungskon-



Nach nicht einmal 10 Jahren wurde der A1 Ring zu Schutt gemacht. Nach dem Zerstörungswerk verloren die Betreiber das Interesse....

zept beschlossen. Die Mittel sollen über Anleihen am Kapitalmarkt aufgenommen werden. Ausständig ist eine Förderungszusage des Landes. Die Gemeinde Fohnsdorf haftet für die Rückzahlung der aufgenommenen Finanzmittel, falls die Erträge aus der Therme nicht ausreichen. Ein hohes Risiko für die Gemeinde Fohnsdorf, um den Bau der Therme zu ermöglichen.

Nachdem dieses Projekt für die ganze Region wichtig ist, hat KPÖ-LAbg. Renate Pacher im Landtag die Beteiligung des Landes an der Finanzierung und an der Haftung eingefordert. Doch das Land steht offensichtlich auf der Bremse. Der für Tourismus zuständige LH-Stellvertreter Hermann Schützenhöfer meint, das Thermenprojekt sei noch nicht ausgereift, es fehlen private Investoren und eine

schlüssige Finanzierung.

Nach Scheitern des Projektes Spielberg hat das Land der Region und der enttäuschten Bevölkerung viele Versprechungen gemacht. Nun gilt es, diese einzulösen. In anderen Regionen hat das Land Themen zur Gänze aus Landesmitteln errichtet, bei der Therme Fohnsdorf zielt sich das Land sogar mit einer Teilfinanzierung.

## UNVEREINBARE ÄMTER

### KNITTELFELD: LH Voves bestätigt KPÖ-Kritik

Stadtdirektor bei Stadt UND Stiftung: Ämter sind moralisch unvereinbar

Bewegung kommt in die Vorgänge um die Sparkasse Knittelfeld. Dort wurde

durch eine „geschickte“ Stiftungskonstruktion der Stadtgemeinde jeder Einfluss entzogen, was die KPÖ vehement kritisiert. Nun kommt Schützenhilfe von Landeshauptmann Franz Voves: „Ich halte es für politisch-moralisch unvertretbar, dass die Gemein-

de Knittelfeld nicht über das Stiftungsvermögen im Interesse der Bevölkerung disponieren kann. Aus politisch-moralischer Sicht ist für mich in dieser Konstruktion daher auch die Nebentätigkeit des amtierenden Stadtdirektors als Stiftungsvorstand unvereinbar.“

## 90 ARBEITSPLÄTZE VERLOREN Endgültiges „Aus“ für Voitsberg III

Kein Dampf entweicht mehr dem Schornstein und Kühlturm des Dampfkraftwerkes Voitsberg III. Die letzten Kohlen des Lagerplatzes wurden verbraucht. Das Kraftwerk wird vorerst konserviert. Um eine Antwort auf die Frage, was dann passiert, drücken sich die verantwortlichen Herren.



Das Dampfkraftwerk Voitsberg III steht vor dem Ende. Obwohl laut Vertrag in Voitsberg noch bis 2008 Strom produziert werden soll, ist schon jetzt Schluss. Gleichzeitig drängt man auf die 380-kV-Leitung durch die Steiermark, um die Stromversorgung sicher stellen zu können.

Die meisten Menschen im Bezirk Voitsberg greifen sich verwundert auf den Kopf über diese Entscheidung. Denn jedermann hier weiß über die noch vorhandenen Kohlen im weststeirischen Kohlerevier

und über die weit reichende Restlebensdauer des Kraftwerkes Bescheid. Auch unter Berücksichtigung steigender Energiepreise ist die Außerbetriebnahme des Kraftwerkes fragwürdig. Ein auf Basis heimischer Rohstoffe betriebenes Kraftwerk wird zu Gunsten von importiertem Erdgas und ausländischen Stromlieferungen außer Betrieb gesetzt.

Die aufgeschobene Fusion von OMV und Verbundgesellschaft wird weiterem Privatkapital Tür und Tor öffnen, das Staatseigentum weiter zurückgedrängt. Einiges ist ja schon in arabischer, französischer, deutscher Hand. Dass durch diese geplante Fusion der Gas- oder Strompreis für den Endverbraucher günstiger werden würde, ist, wie bei der seinerzeit großartig angekündigten Strompreissenkung, nicht zu erwarten.

Zu leiden haben jedenfalls wie immer die noch etwa 90 Mitarbeiter. Egal, ob sie ein Angebot des „Sozial“-Planes annehmen oder sich auf einen weit entfernten Ersatzarbeitsplatz schicken lassen.

## RHEUMASTATION KÖFLACH IN GEFAHR! Unsere Gesundheit ist nicht wirtschaftlich?

Seit der Zusammenlegung der Bergarbeiterversicherung mit der Versicherungsanstalt für Eisenbahnen folgt eine schlechte Nachricht der anderen.

Zunächst wurde für Versicherte, die früher der Bergarbeiterversicherung zugehörten, der Selbstbehalt für Arztbesuche von 0 über 5 auf 14 % angehoben.

Nun meinen die abgehoben in Wien sitzenden Chefs der Krankenversicherung,

die seit 1958 bestehende Köflacher Rheumastation sei nicht mehr wirtschaftlich!

Die Rheumastation ist so gut wie ausgebucht, die Menschen brauchen ganz offensichtlich diese Einrichtung zur Herstellung und Erhaltung ihrer Gesundheit. Die

Betrachtung der Gesundheit unter rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten ist abzulehnen und ist verabscheuenswürdig. Mehr als 70.000 Behandlungen im Jahr wecken natürlich die Begehrlichkeit privater Betreiber. Da müsste sich doch allerhand verdienen lassen. Die Mehrkosten privater Behandlungen hätten ohnehin die Patienten zu bezahlen.

## EHE GEPLATZT Verbund und OMV bleiben getrennt

Die Elefantenhochzeit am Energiesektor ist geplatzt. Die Landeshauptleute stemmten sich gegen Privatisierung eines OMV/Verbund-Energieriesen.

Als hätte er tief in eine Zitrone gebissen, schaute Wirtschaftsminister Martin Bartenstein drein, als er verkündete, dass zumindest in dieser Regierungsperiode nichts aus der Hochzeit von OMV und Verbund wird. Nachdem die Landeshauptleute der Ehe nur zustimmten, wenn der Staat 51 Prozent der Aktien hält – was quasi einer kleinen Verstaatlichung der OMV entspricht – warfen Bartenstein und Finanzminister Grasser entnervt das Handtuch. Die drohende Privatisierung von Strom und Wasser ist damit vorerst abgewendet.

Dieses Ergebnis bestätigt, dass die große Mehrheit der Österreicher genug hat von der hemmungslosen Privatisierung. Die KPÖ lehnt jede Privatisierung der Energieversorgung ab. Mit der Daseinsvorsorge der Bevölkerung darf man nicht spielen. Die KPÖ stemmt sich dagegen, dass die Versorgung mit elementaren Gütern wie Wasser und Energie in den Händen der Konzerne liegt.



OMV bleibt weiter „Single“.

## ELEKTROSMOG DURCH HANDY & CO

# „Niemand kennt die Gefahr“

Fast jeder nutzt das Handy, aber keiner weiß wirklich, wie sich die Strahlung auswirkt. Neue, unabhängige Studie gefordert.

Praktisch, lästig, gefährlich, nicht wegzudenken, entbehrlich – die Meinungen zum Handy sind vielfältig. Viel eindeutiger hingegen ist die öffentliche Meinung zur Strahlung, die von Handys und Handymasten ausgeht – da haben die Steirer fast durchwegs Bedenken. Nun nimmt sich Umweltschützerin Ute Pöllinger dieses Problemfeldes an. „Mobilfunk im Spannungsfeld zwischen Kommerz, Gesundheit und demokratischer Kultur“ nannte sich jene Diskussionsveranstaltung, zu der Pöllinger unlängst geladen hat. Massen folgten ihrem Aufruf und strömten ins Kapfenberger Haus der Begegnung. Der Tenor der Veranstaltung: Die Sorge um Gesundheits-

schäden durch die elektromagnetische Strahlung ist groß. Nun drängt Pöllinger auf neue und unabhängige Untersuchungen, wie sich die Strahlung langfristig auf die Menschen auswirkt. Außerdem sollen die Anrainer ein Mitspracherecht bei Handymasten bekommen.

### 1600 Lungenröntgen

Ausschlag gebend dafür waren nicht zuletzt die Stellungnahmen des Salzburger Umweltmediziners Gerd Oberfeld: „Die Strahlungsbelastung des menschlichen Körpers bei 24 Stunden Einsatz von Handy oder Mobiltelefon entspricht etwa der Belastung von 1600 Lungenröntgen.“ Bei diesen wird bekanntlich eine Bleischürze

als Schutz verwendet.

Harald Gerstgrasser, Physik-Lehrer am BORG Bad Aussee und mehrfacher Preisträger für Mobilfunk-Projekte, meinte: „Eltern wissen gar nicht, welches Instrument ihren Kindern da in die Hand

gegeben wurde. Es wird nach dem Motto agiert, jeder verwendet es und keiner weiß, wie es funktioniert.“ Aus diesen Gründen stemmt sich der Bad Ausseer Bürgermeister Otto Marl gegen Handymasten auf öffentlichem Gemeindegrund: „Niemand kennt die Gefahren wirklich. Deshalb ist Vorsicht angebracht.“



Viele warnen vor der hochfrequenten Strahlung von Handys – vor allem bei Kindern.

## Arbeitsplätze statt Almosen!

Während der letzten Jahre nehmen Arbeitslosigkeit und Armut weiter zu. Da wird von unterschiedlichster Seite das Konzept des „Grundeinkommens“ ins Spiel gebracht. Dieses Grundeinkommen soll Menschen unabhängig von deren Erwerbstätigkeit ausbezahlt werden. Was auf den ersten Blick sozial und fortschrittlich anmutet, weist bei näherem Hinsehen erstaunliche Ähnlichkeiten mit dem „Kombilohn“ auf, den Minister Barstenstein unlängst forderte.

Wenn die Besitzenden sozialpolitisch aktiv werden, muss irgendwo der Hund begraben sein. Dass bis jetzt die Sozialleistungen kaum bis gar nicht von den Reichen und Besitzenden bezahlt werden, sondern hauptsächlich über Massensteuern finanziert werden, sollte in diesem Zusammenhang stutzig machen. Beim Konzept des Grundeinkommens, das in Österreich eine reale Chance auf Umsetzung hätte, würden Arbeiter und Angestellte Erwerbslose finanzie-

ren. Diese „Umverteilung“ von jenen, die wenig haben, zu jenen, die fast gar nichts haben, hat mit Sozialpolitik allerdings herzlich wenig zu tun. Das Grundeinkommen würde wohl kaum über dem Existenzminimum liegen bzw. so niedrig angesetzt werden, dass seine Bezieher und Bezieherinnen zum Annehmen von Billigjobs gezwungen sein würden, um ihr Auskommen einigermaßen zu gewährleisten. Auch eine Neuauflage der unseligen „Sozialschmarotzer“-Debat-

ten wäre vorprogrammiert, die Menschen würden mit Sicherheit gegeneinander ausgespielt werden. Die Forderung nach einem Grundeinkommen würde in der jetzigen Situation überdies bedeuten, dass statt Vollzeit-arbeitsplätzen mehr prekäre Jobs geschaffen und die Kollektivverträge ausgehöhlt würden. Ebenso steht zu befürchten, dass im Rahmen der Maastricht-Kriterien der EU und der daraus resultierenden Politik des „Gürtel-enger-Schnallens“ das Grundeinkommen auf kurz oder lang sinken würde.

### Arbeit ist ein Menschenrecht!

Die Produktivität der Betriebe und die Profite der Industriellen steigen kontinuierlich an. Die technischen Neuerungen führen im Kapi-

talismus aber nicht zu sozialem Fortschritt, sondern zu Entlassungen und letztlich zu Massenarbeitslosigkeit. Die Antwort darauf kann nur die Forderung nach einer radikalen Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, nach Mindestlöhnen und Vollbeschäftigung sein. Nicht um ein arbeitsloses Grundeinkommen ist der Kampf zu führen, sondern um Arbeitsplätze für jede Frau und jeden Mann von denen Er und Sie tatsächlich leben können. Etwas ganz anderes ist die sogenannte Grundsicherung. Damit ist folgendes gemeint: eine Anhebung aller Transferleistungen wie Mindestpension, Arbeitslosengeld, Notstand und Sozialhilfe auf ein menschenwürdiges Maß. Selbstverständlich tritt die KPÖ für diese Forderung vehement ein!

BeraterInnen haben Konjunktur

# Consulting, Consulting, Consulting

„ .... bis beim Film als sachlicher Berater ist, Unserem macht das sehr viel Spaß. Oder ob es irgendein Theater ist, wenn man´s gut bezahlt, dann mach ich halt auch das ... “

Helmut Qualtinger, der dies Ende der 1950er Jahre in einer Kabarettnummer sang, hatte nahezu prophetische Gaben. Die Blume der BeraterInnen blühte damals noch ganz zart, heute ist sie als Consulting-Gewächs üppig angewachsen. Ob bei den ÖBB oder anderswo, Consulting-Firmen haben Konjunktur, denn überall, auf der ganzen Welt, wird umstrukturiert. Unternehmens- und Bürokratieteritorien werden zerstückelt.

„Nach der Umstrukturierung kann das nun flexible Unternehmen dieses zerstückelte Territorium besser kontrollieren. Das Zentrum beherrscht die Peripherie auf eine ganz bestimmte Weise. ... auf der Befehlskette findet in beiden Richtungen kaum mehr Kommunikation statt. ... Die Menschen an der Peripherie sind dem Zentrum nur noch für die Ergebnisse verantwortlich, das schreibt der US-Amerikaner Richard Sennett in seinem Buch „Die KULTUR des NEUEN KAPITALISMUS“ (Berlin Verlag 2005). Welche soziale Beziehung besteht zwischen dem Mailänder Modeschöpfer und dem Schuhmacher in Thailand?

Für Sennett sind Berater ein wesentlicher Bestandteil der modernen bürokratischen Macht. „Sie schmieren die Maschine“. Die BeraterInnen sollten eigentlich objektiven Rat und strategische Vorschläge bieten. In der Tat aber übernehmen sie die Tätigkeiten „an der Peripherie der Organisation umzu-

strukturieren – erzwungener Vorruhestand, Auflösung der Beteiligten, neue Pflichten für die überlebenden Beschäftigten.“

Sennett führt eine Untersuchung über die moderne Consultingtätigkeit an: Eine Unternehmensberatung untersuchte die BBC, die britische Radio- und Fernsehgesellschaft: Die Berater lernten das Unternehmen erst im Prozess seiner Umstrukturierung kennen, gerade beim „kreativen Gewerbe“ fehlte es ihnen an Verständnis, so dass sie die den Wert dieser Arbeit als bedeutungslos abtaten. Nach der Evaluierung herrschte Aufruhr im Betrieb. Die soziale Distanz innerhalb der BBC hatte sich

vergrößert, die Auflösung zwischenmenschlicher Beziehungen verstärkte die Angst der Beschäftigten.

Für Sennett ist die Anwesenheit von BeraterInnen zunächst einmal ein Signal dafür, dass hier Macht ausgeübt wird. Die Firmenleitung demonstriert Entschlossenheit, als wichtiges über die Medien propagiertes Zeichen nach außen. Dabei überlässt sie aber die Verantwortung für schmerzliche, zerstörerische Entscheidungen den Consultern. Diese Trennung zwischen Führung und Verantwortung“, führt Sennett aus, „bietet auch eine Erklärung für die anhaltende Bedeutung des Beraterwesens in der Politik“.

Auch in Österreich haben Beratungsunternehmen Hochkonjunktur und verdienen goldene Nasen. Dass die Ergebnisse oft eher dürftig sind, spielt dabei überhaupt keine Rolle. Politiker können

sich dafür bequem hinter den angeblich so „objektiven Vorschlägen der Berater“ verstecken. Finanzminister Heinz Grasser holte sich gar ein Gutachten der New Yorker Lehnmann Brothers zur Privatisierung der Bundeswohnungen. Kostenpunkt: Zehn Millionen Euro. Für dieses Geld hätte man mindestens 150 Sozialwohnungen errichten können! Die Dr. Hohegger Kommunikationsberatung, mit deren Chef Grasser befreundet ist, erhielt Aufträge in der Höhe von 2,5 Millionen Euro. Für 2,36 Millionen Euro organisierte die Argentur auch eine „Roadshow“, bei der der Finanzminister insgesamt zehnmal vor Klein- und Mittelunternehmen referierte.

## Guter Rat – sehr teuer

Selbst Gemeinden lassen sich gegenüber Beratern nicht lumpen. In Graz beschäftigte man eine Beratergruppe um Hansjörg Tengg mit der Vorbereitung des Verkaufes der Stadtwerke. 3,5 Millionen Euro war der Stadt der „gute Rat“ wert. Die Verschönerung wichtiger Teile des Unternehmens ist über die Bühne gegangen. Die Probleme der Grazer Stadtwerke sind geblieben.

Die Liste der Beratungsaufträge der Stadt könnte noch deutlich verlängert werden. Offensichtlich hatte man dort selbst schon die Übersicht verloren. Auf eine KPÖ-Anfrage im Gemeinderat, wie viel die Stadt schon für Beraterhonorare ausgegeben hatte, wusste der Bürgermeister keine Antwort zu geben. Offensichtlich fehlt noch ein Berater, der dem Stadtchef beim Zusammenzählen hilft...

Ernest Kaltenegger /  
Gerhard M. Dienes





**SCHLOSS EGGENBERG.** Mit dem (kostenlosen) Familienpass des Landes geht's gratis in den Schlosspark. Dort gibt es einen tollen Kinderspielplatz, im Schloss ist seit kurzem die Alte Galerie des Joanneums daheim. Eggenberger Allee 90, Di bis So: 10 – 18 Uhr. E: 6,-; K: 2,50; F: 12,-



**RIDORS WALD.** Das Weitental bei Bruck war schon seit langem ein heimliches Paradies für jung und alt. Nun wurde „Ridors Wald“ neu und noch attraktiver gestaltet. Der Spielplatz samt dem Mini-Tierpark im Anschluss ist in jedem Fall einen Besuch wert.



**BÄRENSCHÜTZKLAMM.** Die Wandertour beginnt bei Mixnitz und führt über dutzende Leitern, Brücken und Holzstege die Schlucht hinauf zum Guten Hirten. Zu dieser Jahreszeit rauscht am meisten Wasser den Berg hinunter. E: 3,-; K: 1,50

## SEHENSWERTE STEIERMARK

# Abwechslung für die

Wozu im Sommer in die Ferne schweifen, wenn die Steiermark sehr viel Schönes bietet. Wir entführen Sie zu einer Auswahl sehenswerter Ziele – auch für die kleine Brieftasche.

Für alle, die im Sommer daheim bleiben, gibt es keinen Grund zur Traurigkeit. Denn auch die Steiermark birgt viel Schönheit: spannende Museen und Sammlungen, wunderbare Natur, ereignisreiche Orte. Wir haben eine kleine Auswahl getroffen – Ziele, die auch mit einer kleinen Brieftasche besucht werden können. Sollte der Eintritt tatsächlich etwas teurer sein, bedenken Sie bitte die Erhaltungskosten des Ziels. Und planen Sie einfach mehr Zeit für den Besuch – dann rentiert sich die Sache schon viel mehr.

Abgesehen von diesen ausgewählten Tipps haben wir noch ein paar kurze Vorschläge parat:

Für Geschichtsfans: Das Schloss Trautenfels mit seiner Sammlung zur Natur- und Kulturgeschichte im wunderbaren Ambiente.

Für Kinder: Das Grazer

Kindermuseum lädt Kinder ab 4 zum Erforschen des eigenen Körpers ein. Im Römerdorf bei Wagner sollen auch heuer wieder Gladiatoren aufmarschieren.

Für Kulturinteressierte: Die Stifte Rein, Seckau, Vornau, St. Lambrecht und Admont bergen Sehenswürdigkeiten ohne Ende – und bestechen überdies durch eine wunderbare Umgebung.

Für Naturfreunde: Das Naturdenkmal Wörschachklamm beim Ennstal ist ebenso einen Besuch wert wie die Raabklamm, die längste per Wanderweg begehbbare Klamm in Österreich.

Für Beschauliche: Der LandArt-Park beim Schloss Gleinstätten ist ein Hort der Ruhe. Auf ihre Weise romantischer sind die Murauen bei Radkersburg. Durchaus meditativ wirkt der Günster Wasserfall bei Schöder vom Bankerl aus.



**WASSERSPEILPARK ST. GALLEN.** An warmen Sommertagen gibt es für Kinder nicht viel Schöneres in der grünen Mark. Fahrten mit Boot oder Floß, mit Wasser spielen ohne Ende lassen jedes Freibad vergessen. Täglich: 9 – 19 Uhr. Eintritt: 7,- (ab 4 Jahren); F: 22,-



# ganze Familie



**GRÜNER SEE.** Wenn die Schmelzwässer des Hochschwab-Massivs den Grünen See im Frühsommer seinem Namen gerecht werden lassen, dann sollten Sie eine Tagestour zum wasserreichen Refugium bei Tragöss einplanen. Harte Naturen können eine Badehose einpacken.



**STEINSCLOSS MARIAHOF.** Die gewaltigste Ruine der Steiermark beherrschte einst als Wehrburg das Murtal am Eingang zum Neumarkter Sattel. 6400 m<sup>2</sup> misst die inzwischen weitgehend gesicherte Anlage, die nach einem kurzen Fußmarsch erreichbar ist.



**TIERPARK HERBERSTEIN.** Die Anlage ist mit hunderten Tieren ein Paradies für Jung und Alt. Unser Tipp angesichts des stolzen Eintritts: Jause mitnehmen, den ganzen Tag einplanen und in der Feistritzklamm picknicken. Täglich: 9 – 17 Uhr. E: 13,-; K: 5,-/7,-; Familienermäßigung.



**WASSERSPIELE WALDBACH.** Ihre Schadenfreude leben Wissende beim Eingang aus, wenn Neulinge von einer kleinen Wasserfontäne angespritzt werden. Zu sehen sind unzählige von Wasser zum Leben erweckte bizarre Figuren. Täglich: 9 – 18 Uhr. Freiwillige Spende.



**NOSTALGIE AUF RÄDERN.** Für Autofans führt kein Weg am Museum bei Großklein vorbei: Mehr als 200 Motorräder, Autos, Mopeds und unzählige weitere Schaustücke warten auf Entdeckung. Täglich: 8.30 – 20 Uhr. E: 5,-; K: 2,50

## DAS PROBLEM MASSENTIERHALTUNG

# Steirer leiden unter Gestank d

„Schwein gehabt“ – dieses Sprichwort können tausende Steirer nicht mehr hören. Sie leiden unter dem Gestank von Zuchtbetrieben mit hunderten Schweinen oder Hühnern. Manche Steirer müssen sogar im Keller schlafen, weil die Luft nur dort erträglich ist. Menschen drängen auf ein neues Gesetz, das Filteranlagen vorschreibt und Zuchtindustrie in unbewohnte Gebiete verlegt. SPÖ, KPÖ und Grüne drängen auf eine Lösung, nur die ÖVP hält der Mastindustrie die Stange.

**E**in bestialischer Gestank liegt täglich über weiten Teilen von Oberhaag. Ursache dafür ist ein Schweinemastbetrieb – wie auch in St. Peter im Sulmtal, in Pistorf oder in Wolfsberg bei Gralla. „1000 und mehr Schweine werden in diesen Großbetrieben gemästet. Und obwohl es Filteranlagen gibt, werden diese nicht verwendet“, ärgert sich Karl Wieser. Der Tourismus-Manager hat vor acht Jahren die „Bürgerinitiative (BI) gegen unzumutbaren Gestank und

Lärm aus Massentierhaltung“ gegründet. Nun soll das Bemühen Früchte zeigen, denn KPÖ, SPÖ und Grüne wollen tausende Steirer vom Gestank erlösen.

### Tausende Betroffene

Wieser hat seine BI mit Mitstreitern aus den Bezirken Deutschlandsberg und Leibnitz ins Leben gerufen – nicht wissend, wie viele Menschen unter der Massentierhaltung in der Steiermark leiden. „Wir haben schnell 1600 Unterschriften gesam-

melt“, erzählt er, „dann haben wir erfahren, dass sich beim Land die Einsprüche gegen derartige Anlagen stapelweise anhäufen“.

Der Grund für den Unmut ist eine Änderung in der landwirtschaftlichen Struktur. Dort wo vor 15 Jahren viele Klein- und Nebenerwerbsbauern gelebt haben, gibt es heute einen bis zwei Großbetriebe mit internationalem Format. Wieser spricht von 1200 und mehr Schweinen oder von 54.000 Hühnern in einer Halle: „Das ist Industrie, bei der die Tiere in der kürzesten Zeit auf möglichst kleinem Raum so schwer werden, wie es nur geht.“ Mit diesem Wandel haben die Gesetze nicht mitgehalten. „Die stammen aus dem Jahr 1974. Da waren derartige Betriebe noch unbekannt“, weiß Wieser.

### „Auf die Alm flüchten“

Der Kampf gegen den unerträglichen Gestank – manche Zuchtbetriebe befinden sich fast mitten im Ortsgebiet – erinnert an Don Quixotes Auftritt gegen die Windmühlen. „Wenn wir um Hilfe anfragen, dann argumentieren die zuständigen Bürgermeister mit dem ortsüblichen Maß“, sagt Wieser, „oder es heißt, dass die Bauern schon vorher da waren und wir auf die Alm fahren sollen, wo es eine gute Luft für uns gibt“.

Die Bürgerinitiative bemüht sich seit Jahren um Hilfe. Ihre Forderung: Intensiv- und Massentierhaltungen dürfen in besiedelten Gebieten nicht mehr genehmigt werden und müssen wie Industriebetriebe behandelt werden, „denn nichts ande-



Lieb anzuschauen sind kleine Schweine, solange sie nicht in einem Mastbetrieb eingepfercht die Gegend verstinken.

# er Schweineindustrie

res ist diese Großtierzucht“, so BI-Sprecher Wieser. Filteranlagen, welche den Gestank um 90 Prozent verringern können, gibt es. Sie kosten allerdings zwischen 20.000 und 30.000 Euro – ein Betrag, den die Landwirtschaftsvertreter ihren Bauern bislang nicht zumuten wollten.

„Die Landwirtschaftskammer blockt alles ab“, meint der Brügersprecher. Und die ÖVP, der klassische Vertreter der Bauern, stemmt sich gegen die Novellierung des Gesetzes. Diese wollen SPÖ, KPÖ und Grüne nämlich durchboxen. „Da geht es um eine bessere Lebensqualität für viele Steirer“, sagt KPÖ-Klubchef Ernest Kaltenegger, der sich sofort dem SPÖ-Antrag anschloss, nach dem die Raumordnung für Intensivtierhaltung neu geregelt gehört.

## Gesundheit gefährdet

„Der Betrieb, Ausbau oder die Errichtung von Intensivtierhaltungsbetrieben verursacht in der Steiermark immer mehr Probleme. Die Geruchsbelästigung und die Gesundheitsgefährdung lässt massive Widerstände entstehen. Intensivtierhaltungsbetriebe sollen deshalb nur mehr in entsprechenden Bereichen zulässig sein – sie dürfen nicht mehr in Dorfgebieten entstehen, wo sie einer Wohnnutzung widersprechen. Bestehende Betriebe im Wohngebiet dürfen nicht vergrößert werden“, heißt es im Antrag, der von SPÖ, KPÖ und Grünen im Sinne der Bewohner durchgesetzt wurde.

Eine Änderung zeichnet sich ab. Bis die kommt, heißt es für die Anrainer weiter die Nase zuhalten.



Gestankalarm: Wo Silos stehen, ist ein Schweinstall meist nah.



Biogas aus Schweinemist – eine Maßnahme gegen den Gestank.

## MASSENTIERHALTUNG

**Österreich** ist seit jeher ein Land der Landwirtschaft. Obwohl sich das Wirtschafts-geschehen seit Mitte des 20. Jahrhunderts weit in den Dienstleistungsbereich verschoben hat, hat die Landwirtschaft hierzulande einen hohen Stellenwert und liefert Produkte hoher Qualität.

**Insgesamt** zählte die Statistik Austria in ihrem aktuellsten Statistischen Jahrbuch 2006 (Stand 1. Dezember 2004) in Österreich 2.050.991 Rinder, 3.125.361 Schweine, 327.163 Schafe und 55.523 Ziegen. Die Zahl der Hühner wurde 2004 nicht bestimmt. 2003 lebten in Österreich mehr als 12,3 Millionen Hendl.

**Schweinebundesländer** schlechthin sind die Steiermark, Nieder- und Oberöster-

reich. In der Steiermark sind mehr als 844.000 Schweine daheim, wobei sich die 12.651 Schweine züchtenden Betriebe auf den Süden und Westen des Landes konzentrieren.

**Laut Statistik Austria** folgt Österreich dem Trend hin zu weniger, aber dafür immer größeren Betrieben. Das Umweltbundesamt hat veröffentlicht, dass 1989 durchschnittlich 25 Schweine in einem österreichischen Mastbetrieb grunzten, während es 2003 schon 51 waren. Ähnlich ist es bei den Hühnern. 1989 gackerten 90 Hühner im Stall, 2003 waren es bereits 175 – Tendenz weiter steigend. Diese Tiere verursachen in großen Zuchthallen einen enormen Gestank.

## KOMMENTAR

### Telefonfirma: Miese Methode

Mit mehr als nur bedenklichen Methoden versucht so manches Unternehmen, den Konsumenten Geld aus der Tasche zu ziehen. So bekam der Autor dieser Zeilen vor kurzem einen netten Anruf von der Telekom. Man wurde gelobt ob des langjährigen Vertrauens und nach netten Dankesworten kam dann die Ankündigung, dass man nun ob der Treue eine stattliche Zahl von Gratis-Freiminuten bekomme, die man beliebig verwenden könne.

Nach einer Überdosis an Goderkratzerei denkt natürlich keiner mehr an irgendwelche Tücken. Zumal der Tarif ja der selbe bleibe, wie die nette Dame am anderen Ende der Telefonleitung stets versicherte, „genießen Sie einfach einmal Ihre Freiminuten“.

Also Schwamm drüber – bis drei Wochen später ein Blick ins Internet die böartige Wahrheit ans Tageslicht brachte. Zusätzlich zu den versprochenen, kostenlosen Freiminuten hatte die Telekom-Anruferin das kostenpflichtige Bonuspaket „Freiminuten“ aktiviert, dass bei Wenigtelefonierern keinen Sinn macht – ohne vorher auch nur ein Wort davon gesagt zu haben.

Auf einen erbosten Anruf bei der Telekom folgte das Versprechen, „dass wir das natürlich rückgängig machen, wenn Sie das jetzt nicht mehr wollen“. Als ob man das jemals wollte!

Die Moral von der Geschichte: Sei skeptisch und vertraue nicht – vor allem einem Unternehmen, das vorgibt, etwas zu verschenken. **ts**

Schreiben Sie uns Ihre Meinung: KPÖ-Ernest Kaltenegger, Lagergasse 98a, 8020 Graz, Fax 0316/877 5108 oder email: [volksstimme@kpoe-steiermark.at](mailto:volksstimme@kpoe-steiermark.at)

RAT UND HILFE



Mieterschutzverband  
Steiermark

Sparbersbachgasse 61

Tel. 38 48 30

(GVB Linie 3 - Rechbauerstraße)

Sprechstunden – Bitte

um tel. Voranmeldung!

Mittwoch 14.30 – 19.00 Uhr

Freitag 9.00 – 11.30 Uhr

www.mieterschutzverband.at

LANDTAG GEGEN MANIPULIERTE PFLANZEN

# Steiermark bleibt frei von Gentechnik

Der Landtag beschließt einstimmig Hürden für gentechnisch veränderte Pflanzen. Ein generelles Verbot von Gentechnik ist wegen der EU-Mitgliedschaft Österreichs nicht möglich.

Der Steiermärkische Landtag hat in seiner letzten Sitzung der Gentechnik eine klare Absage erteilt. Alle Landtagsparteien haben einmütig erklärt, dass sie eine gentechnikfreie Steiermark wollen. Dabei gibt es allerdings ein Problem:

Die Steiermark kann nur ein Gesetz beschließen, das das Ausbringen von gentechnisch veränderten Pflanzen erschwert. Sie kann es aber nicht gänzlich untersagen, denn das EU-Recht macht ein Verbot unmöglich. Damit nicht genug. Wir können nicht einmal dieses schwächere Gentechnikvorsorgegesetz so gestalten, wie wir es wollen. Das letzte Wort hat immer die EU-Kommission, die besagtes Vorsorgegesetz bereits einmal zurückgewiesen hat. Das ist in Wirklichkeit keine Überraschung, sondern entspricht der Logik der EU. Am freien Markt wollen die Gentechniklobby und Agrarkonzerne ihre Produkte auf den Markt bringen. Dem entsprechend handelt die EU-Kommission.

Ein wesentlicher Punkt, der von der EU-Kommission beanstandet wurde, ist der Schwellenwert für zulässige Verunreinigungen mit gentechnisch verändertem Material. Dieser Schwellenwert wurde mit 0,1 Prozent festgelegt, wobei die EU-Kommission – im Hinblick auf die Interessen der Agrarkonzerne und die Gentechniklobby – einen wesentlich höheren Schwellenwert von

0,9 Prozent durchsetzen wollte. Eine „legale Verunreinigung“ von 0,9 Prozent würde, so sind sich gentechnik-kritische Experten einig, ein Durchmischen der heimischen Pflanzenwelt mit manipulierten Organismen bedeuten.

Diese 0,1 Prozent bedeuten eine weitere Hemmschwelle für das Ausbringen von gentechnisch verändertem Saatgut. Ohne die Stimmen der KPÖ wäre wohl ein höherer Schwellenwert beschlossen worden. Denn die ÖVP wollte einen Schwellenwert von 0,9% beschließen, der erst später durch eine Novelle auf 0,1% gesenkt werden sollte. Nun könnte der Steiermark von Seiten der EU-Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren drohen, welches vom EU-Gerichtshof entschieden wird.

KPÖ LABg. Renate Pacher: „Es ist vollkommen richtig, dass der niedrigere Schwellenwert beschlossen wurde. Es ist wichtig, dass die Steiermark nicht vor den Wünschen der EU-Kommission in die Knie geht, auch wenn wir dadurch vielleicht einen Einspruch riskieren.“



## AUFGEDECKT 64 Mieter bekommen Geld zurück

Falsch verrechneten Betriebskosten kam die KPÖ-nahe Gemeinderatsliste proMZ in Mürzzuschlag auf die Spur. Mieter bekommen nun fast 4500 Euro zurück.

Der Beharrlichkeit von proMZ-Gemeinderätin Rosamaria Zink verdanken 64 Mieter der Gemeindewohnungen in der Oberen Bahngasse in Mürzzuschlag eine Rückzahlung von durchschnittlich 70 Euro. Die fehlerhaften Betriebskostenabrechnungen führten auch dazu, dass eine andere Firma mit dem Ablesen der Zähler beauftragt wird. Die Konsequenz: „Die Mieterberatung wird von uns weiter ausgebaut. Der parteiunabhängige Mieterschutzverband wird uns dabei rechtlich und fachlich unterstützen“, sagt Gemeinderätin Zink.

**Ing. Renate Pacher**, geb.

1960 in Knittelfeld, Matura in Knittelfeld, Ausbildung zur Chemotechnikerin.

Seit 1993 ist sie KPÖ-Gemeinderätin in Knittelfeld, seit 2005 KPÖ-Abgeordnete im Landtag. Sie ist unter Tel. (03512) 82240 und renate.pacher@kpoe-steiermark.at erreichbar.



Das bringt die EU: Sozialabbau – Teuerung – Arbeitslosigkeit

www.keine-konkurrenz.at



## GELDVERSCHWENDUNG EU

**Die EU hat ihren Kredit verloren**

Der derzeitige EU-Vorsitz wird von den Österreichern nüchtern beurteilt: In einer Umfrage des Gallup-Instituts für „profil“ sind 49 Prozent der Befragten der Ansicht, dieser sei „eine reine Geldverschwendung“.

**53** Prozent der Befragten glauben nicht daran, dass der rot-weiß-rote Vorsitz „maßgeblich dazu beiträgt, gegenwärtige Probleme in der EU zu lösen“. Dabei haben sich Regierung und EU-Bürokratie große Mühe gegeben und ein großes Spektakel abgezogen – auf unsere Kosten. In diesen 6 Monaten werden etwa 80 Millionen Euro aus Steuergeldern ausgegeben, damit EU-Kommissare und Minister freundlich in Kameras lächeln können.

Das hat auch der Wettbewerbsgipfel in Graz gezeigt. Überall war Polizei, Teile der Innenstadt waren abgesperrt. Und bei Empfängen und festlichen Dinern wurde kein Aufwand gescheut. Die steirischen

Politiker wollten besonders originell sein und haben allen EU-Gästen Erzherzog-Johann-Steirerhüte geschenkt. Kleine-Zeitung Redakteur Michael Jungwirth kommentierte: „Seit Donnerstag ist die EU zu Gast in Graz, und man sieht es an allen Ecken und Enden: an den silberfarbenen Audi-Limousinen und Mercedes-Bussen, die die Innenstadt durchkreuzen, am österreichischen EU-Logo auf Fahnen und Tafeln sowie an der Heerschar von Polizisten in Uniform und vor allem in Zivil. Wenn mich nicht alles täuscht, sieht man in Graz fast mehr Polizisten als beim Besuch von George Bush in Brüssel.“

Die Inhalte des Treffens hatten es aber in sich: Die Forschungsausgaben für Atomenergie werden in den

kommenden Jahren verdreifacht! Das führte zu Protesten der Umweltschützer und von Anti-AKW-Organisationen. Die Forderung nach Austritt aus dem Euratom wurde laut.

Und bei der unsozialen Dienstleistungsrichtlinie haben sich die EU-Oberen in Graz in einer „großen Koalition“ auf EU-Ebene darauf verständigt, einen angeblichen Kompromiss nun im Eilverfahren über die Bühne zu bringen. Mit dieser EU-Richtlinie wird einer rigorosen Liberalisierung aller Dienstleistungsbereiche freie Bahn verschafft. Das ist verbunden mit der Gefahr einer beschleunigten EU-weiten Abwärtsspirale im Lohn- und Sozialdumping, bei Umwelt- und Verbraucherschutz.

Die EU hat sich auch in der Steiermark nicht von ihrer besten Seite gezeigt. Kein Wunder, dass die Umfragergebnisse in den Keller gehen.

*Franz Stephan Parteder*

**WER SIND WIR?**Steirische  
Volksstimme

Die Steirische Volksstimme ist das Sprachrohr des Landtagsklubs der steirischen KPÖ. Hier erfahren Sie mehr über Arbeit und Anliegen der KPÖ und über die Hilfe, welche die Mandatäre leisten. Gleichzeitig ist es uns ein Anliegen, fair und objektiv über jene Themen zu informieren, welche die Steirer bewegen.

Die Steirische Volksstimme geht als Regionalmedium kostenlos an zehntausende steirische Haushalte. Sie erscheint vier Mal pro Jahr.

Sollten Sie per Post keine Zeitung bekommen, aber eine haben wollen, dann lassen Sie uns Ihre Adresse zukommen, damit wir Ihnen die Volksstimme zusenden können.

Ganz besonders interessieren uns Ihre Meinungen, Anliegen und Wünsche. Schreiben Sie uns!

KPÖ-Ernest Kaltenegger, Landhaus-Hinterhaus, 8010 Graz, Fax. 0316/877-5108 oder E-Mail: [volksstimme@kpoe-steiermark.at](mailto:volksstimme@kpoe-steiermark.at)

**KOMMENTAR**

Die steirische KPÖ hat den „Europatag“ am 9. Mai ohne Protestkundgebungen verstreichen lassen. Meinungsumfragen zeigen ohnehin, dass die EU bei uns schon beinahe jeden Kredit verspielt hat. Die hohen Kosten für Jubelveranstaltungen oder für Fernsehspots, in denen EU-Kritiker als dümmliche Hinterwäldler verspottet werden, sind für uns aber ein zusätzlicher Anlass für Kritik. Schließlich zahlen die Österreicher diese Dauerberieselung mit ihrem Steuergeld.

Darauf werden wir immer hinweisen. Denn wir wollen weder gute noch schlechte „Europäer“ sein, sondern die Interessen der arbeitenden Menschen gut vertreten.

Franz Stephan Parteder,  
Steir. KPÖ-Vorsitzender



Rund 500 Demonstranten mit Fahnen, Transparenten und Trillerpfeifen zogen am letzten Gipfeltag vom Grazer Hauptbahnhof zum Landhaus. „Eine gerechte Welt ist möglich, nehmt eure Verantwortung wahr“, „Ökologie statt Wettbewerb“ oder „EU - nein danke“, war auf den Transparenten zu lesen. Zu dieser Demo aufgerufen hatte das Aktionsbündnis Solidarität, dem unter anderem die Grünen, die KPÖ und die Eisenbahngewerkschaft angehören.

**Vorbildliche Arbeit der KPÖ**

Bezug nehmend auf Ihren Artikel über „Leben im Elektrosmog“ möchte ich hinzufügen, dass das Verhalten, Hilfe bei der KPÖ zu suchen, aber ÖVP oder SPÖ zu wählen, der falsche Weg ist. Wenn sich in unserem Land etwas ändern soll, müssen die Bürger auch über ihren Schatten springen und die KPÖ wählen.

Nur so kann man Änderungen herbeiführen. Ich hoffe, dass sich recht viele Bürger daran beteiligen, die KPÖ als stärkere Kraft zu etablieren. Von den Altparteien ist keine Änderung zu erwarten. Dass die KPÖ mit der Geschichte der kommunistischen Parteien im ehemaligen Ostblock zu kämpfen hat, ist verständlich. Aber die Arbeit von Herrn Kaltenegger ist vorbildlich. Unbestritten.

Werner Steiner, Neumarkt

**Nicht nur am Muttertag**

Würde eine kanadische Mutter und Hausfrau mit zwei schulpflichtigen Kindern für ihre Arbeit bezahlt, dann müsste sie nach Schätzungen von Fachleuten einschließlich Überstunden ein Jahresgehalt von umgerechnet rund 110 000 Euro erhalten. Dieser Zahl, die auf aktuellen Gehältern basiert, „liegt eine 100 Stunden-Woche zugrunde, verteilt auf sechs 15-Stunden-Tage und einen 10-Stunden Tag“, hieß es in der Vancouver Sun.

Der Aufgabenbereich einer Mutter und Hausfrau umfasst die Arbeit als Kindergärtnerin, Lehrerin, Fahrerin, Putzfrau, Köchin, Krankenschwester und Instandhaltungskraft. Diese Aussage gilt sicher auch bei uns in Österreich.

Harald Schober, Weiz

**Weniger Politikerbezüge**

Ihren Vorstoß zur Änderung der Politikerbezüge finde ich gut: Mein Zusatzantrag

**Briefe an die Redaktion**

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen

Steirische Volksstimme: Lagergasse 98a, 8020 Graz  
Fax 0316/ 71 62 91 e-post: volksstimme@kpoe-steiermark.at

dazu, von dem ich meine, er wäre noch wirkungsvoller und spareffizienter: Jeden dritten Politiker einsparen, da doch sowieso immer nur die EU als verantwortlich und entscheidend hingestellt wird.

Zur Nahverkehrsabgabe für die Unternehmen, um den Ausbau des öffentlichen Verkehrs finanzieren zu können: Grundsätzlich eine gute Idee, doch sollte zusätzlich ein Teil der Steuern auf Treibstoff und ein Teil der Leistungsabgabe der Kfz zum Ausbau der Verkehrsverbände herangezogen werden.

Alfred Engelbrecht

**Verkehrsprobleme, Gewalt und Profitgier**

Ich frage mich jeden Tag, wenn ich auf dem Weg zu meiner Arbeit bin, wo das mit dem stetig wachsenden Verkehr, vor

allem auch dem Schwerverkehr, hinführen soll. Ich kann dieses ständige Wachsen sehr gut beobachten, da ich nun schon 25 Jahre lang immer dieselbe Strecke mit dem Pkw zurücklege. Es ist unvorstellbar, in welchem Ausmaß der Schwerverkehr in letzter Zeit zugenommen hat. Wenn man an die Folgen für die Umwelt oder an die Erhöhung der Unfallgefahr für alle denkt, stimmt das nachdenklich! War da nicht immer die Rede von einer Verlagerung auf die Schiene?! Die Werbung für die Bahn „Bahn wirkt“ kann ich nicht mehr hören!! Was soll da wirken, wenn immer mehr Nebenbahnen eingestellt werden und immer mehr Bahnhöfe ohne Schalter sind.

Alle Zusammenlegungen (z.B.: Krankenhäuser; Großküchen usw.) haben automatisch eine Zunahme unseres Verkehrs zur Folge, ganz nebenbei gehen

Arbeitsplätze verloren.

Anstatt die Ursache zu bekämpfen, überlegt man, wie man Ort für Ort um- oder unterfahren könnte. Die Kosten dafür sind enorm.

Die Hauptursache für all diese Fehlentwicklungen liegt in erster Linie an der Profitgier der Mächtigen (Konzerne, Politiker....), bzw. an der grenzenlosen Dummheit und Kurzsichtigkeit vieler Menschen liegt. Nur: Trifft es letztendlich nicht alle, wenn sozialer Unfriede die Überhand gewinnt?

Wo bleibt nur die Verantwortlichkeit all jener, die die Macht hätten, es zu ändern. Ich hoffe, dass es noch rechtzeitig eine Wende zum Guten gibt.

Gertrude Schatz

**Die EU und Bundespräsident Fischer**

Bundespräsident Fischer hat am Europatag an den Werbemaßnahmen für die EU teilgenommen und diese Gemeinschaft als etwas Gutes dargestellt.

Dabei dürfte er von der EU falsche Informationen bekommen haben. Er müsste sich nur ins Auto setzen und durch Österreich fahren. Dabei könnte er sehen, dass die EU die Kleinbetriebe schon fast vernichtet oder in beklemmende Abhängigkeit von den großen Konzernen gebracht hat.

Auch das bäuerliche Eigentum ist in Wirklichkeit nicht mehr vorhanden. Statt guter Früchte und verschiedener Sorten mit Geschmack regiert nur mehr die Norm. Der Bundespräsident und die anderen Politiker sollen für die Österreicher da sein und nicht für die EU, die uns ausbeutet.

Anton Kornhäusl,  
Neutillmitsch

www.socialforum.at

**GRAZ 06**

**SOZIALFORUM**

**15. -17. JUNI**

asf@gmx.at

**ORT: Uni-Graz**  
Universitätsplatz 3  
HS/ A/B/C u. Resowi

**VON: Do. 15.6.** Registrierung: 11 bis 13.30 (Eröffnung)  
Programm von Do. 14 Uhr bis Sa. 15 Uhr  
Demo Sa. 16.00 (Oper – Herrengasse)

eine andere welt ist möglich — und wie!

**austrian social forum 06**

Red:Out! Steiermark: Treffpunkt jeden 1. Montag im Monat im Cafe harry's, Reitschulgasse 20, 8010 Graz; Info Tel: 0699/100 435 28

Red:Out! - Partnegruppe Leben, Sitzen, Sonntags und Trauernde der KPÖ

**KPÖ**

**WANDERAUSSTELLUNG**

**„Vom Nicht-Beigeben“**

**Theodor Kramers - Leben im Exil**

**Donnerstag, dem 8. Juni 06, 19.30 Uhr**

**Religionspädagogische Akademie Eggenberg**

Die Ausstellung stellt Theodor Kramers (1897 - 1958) lange Exiljahre in den Mittelpunkt - Zeit einer ungeheuren literarischen Produktion (mehr als 10.000 Gedichte im Nachlass, davon wenig mehr als 2000 publiziert) - und vergegenwärtigt den Alltag des Exils, Not und Angst, das Altern und die neuen Freunde, Entdeckungen, Flucht, Lager und das Standhalten im Gedicht ...

**Begrüßung:** Dr. Siegfried Barones,

**Eröffnung:** Labg. Ernest Kaltenegger

**Lesung:** Erich Hackl liest aus Werken von Theodor Kramer und stellt andere vergessene Dichter des rebellischen Österreich vor.

Ausstellung bis 22. Juni 2006, Mo bis Fr, 8 bis 18 Uhr.

[www.perplex.at](http://www.perplex.at)

**rotcrowd**

soeben erschienen: Die Zeitung des Kommunistischen Studentinnenverbandes: Anzufordern unter [rotcrowd@hotmail.com](mailto:rotcrowd@hotmail.com)

**Antisemitismus, Antizionismus, Israelfeindschaft**

Veranstaltungsreihe im Stadtsalon (Stadtmuseum Graz) Sackstraße 18

„Grüß Gott und Heil Hitler“ – Katholische Kirche und Nationalsozialismus in Österreich, Stefan Moritz (Theologe, Wien): Am Do, 22. Juni 2006, 19.00 Uhr

„Die Islamisierung der Protokolle der Weisen von Zion“ Antisemitismus und Islam, Thomas Schmidinger (Politikwissenschaftler, Wien und Mitarbeiter der im Irak tätigen Hilfsorganisation Wadi) : Am Do, 29. Juni 2006, 19.00 Uhr

Eine Veranstaltungsreihe von CLIO – <http://www.clio-graz.net/>

<http://www.solyluvia.cl>

Steirische Volkstimme

**SOLYLUVIA**



**AndenFolkRockMusic**



**16. JUNI 20.00 Uhr**  
**Volkshaus Graz**

**LAGERGASSE 98A**

**FREIER EINTRITT - ZAHLKARTEN UNTER**  
**0316 / 877 5104 ODER WWW.KPOE-GRAZ.AT**

**KLEINANZEIGE**

Pensionistenpaar, ruhig und verlässlich, sucht erschwingliche 2-Zimmerwohnung in Graz oder Graz-Umgebung. Tel.0664/4538284.



**FERIEN - EXTRAS**



**Feriedorf am Turnensee in Südkärnten**



**HipHop-Woche**  
**12.8.-19.8.**



**SOMMER 2006**

**Wander-Wochen**  
**Musik- & Gitarre-Wochen**  
**22.7.-29.7.**  
**12.8.-19.8**

**FERIENBÜRO GRAZ**

**03 16/829070**

[www.kinderland-steiermark.at](http://www.kinderland-steiermark.at)

**60 Jahre**



**Ferien mit Kinderland**

**SPRECHTAGE**

**des Zentralverbandes der Pensionisten**

Montag bis Freitag von 10.00 bis 12.30 Uhr  
Donnerstag 9.30 bis 17.00 Uhr  
Lagergasse 98a, 8020 Graz

**T. 0316/71 24 80**

**Wir helfen und beraten bei:**

- Anträgen um Pflegegeld
- Antrag für eine „einmalige Unterstützung“
- Absetzbeträgen für Lohnsteuer wie Erwerbsminderung, Diät, usw.
- Pensionsanträgen wie Alterspension, Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspension, Hinterbliebenenpension wie Abfertigung und Abfindung
- bei anderen Problemen

## STEUERGELD FÜR BALLZAUBER

# Teurer Profifußball

Dank der Haftung über insgesamt 2,4 Millionen Euro durch das Land Steiermark dürfen Sturm und GAK weiter in der Bundesliga mitmachen. Wir fragen unsere Leserinnen und Leser ob das Verwenden von Steuergeld für den Profifußball sinnvoll ist.



Es ist also doch vollbracht: Sowohl Sturm als auch der GAK haben eine Lizenz bekommen. Möglich machte das das Land Steiermark, das die Haftung für je 1,2 Millionen Euro übernommen hat. Sollte einer der beiden oder gar beide Vereine massive Finanzprobleme bekommen, dann wird die öffentliche Hand zur Kasse gebeten. Dennoch zögerte Sportlandesrat Manfred Wegscheider nicht. Es handle sich um eine Hilfestellung für die Klubs, die nun allerdings ihre Hausaufgaben machen müssen, so der Sportlandesrat.

Das Geld für die besagte Haftung besteht aus 1,7 Mio. Euro, die für den Bau eines Sturm-Trainingszentrums reserviert waren, und aus dem budgetierten Fördergeld für Nachwuchs- und Spitzen-

sport der Jahre 2006 - 2010 für die beiden Klubs. Alles zusammen öffentliche Mittel, womit sich die Frage stellt, wie und ob die öffentliche Hand den Spitzenverdienern bei Sturm und GAK unter die Arme greifen soll.

Tatsache ist, dass beide Klubs schon seit Jahren mit Steuergeld unterstützt werden, um damit in letzter Konsequenz Spielern und Betreuern stolze Gehälter zu bezahlen. Der geschiedene Sturm-Coach Michael Petrovic etwa soll rund 5000 Euro pro Monat aufs Konto bekommen haben – und gehörte damit nicht zu den Spitzenverdienern in Schwarz-Weiß oder Rot.

Wie großzügig allein das Land Steiermark ist, zeigte sich 2002. Als Folge der damaligen Fußball-Eupho-

rie beschloss der Landtag, Sturm und GAK jährlich mit 726.000 Euro unter die Arme zu greifen. Das Geld sollte dem Fußballnachwuchs zu Gute kommen – in Form von Fußball-Akademien mit Sportanlagen, Fitness- und Regenerationsräumen und einer Tages- und Lernbetreuung für begnadete heimische Ballkünstler.

Dennoch müssen die Sturmkicker weiter am maroden Trainingsgelände am Messendorfgrund Dribbeln üben. Der GAK hingegen verfügt über ein schönes Trainingszentrum im Norden von Graz. Für die 7-Millionen-Euro-Anlage zog der damalige Oberteufel Rudi Roth nochmals öffentliche Mittel an Land: Zwei Drittel der Summe waren Steuergeld. Großzügig zeigte sich die

Stadt Graz, als es darum ging, die Gruabn „zurückzukaufen“. Sie ließ 1,4 Millionen Euro für die Blackies springen, um den Pachtvertrag mit Sturm zu lösen.

Das soll kein Aufruf gegen den Profifußball sein. Dennoch befürwortet eine Mehrheit der Steirer diese letzte Finanzausgabe des Landes nicht, so der KPÖ-Klubobmann Ernest Kaltenegger. Seit Jahren gebe es Hinweise, dass bei den steirischen Spitzenklubs wirtschaftlich vieles im Argen liege. Trotzdem gehe die Landesregierung dieses Risiko ein. Kaltenegger: „Sturm und GAK haben einzelne Spielern eine höhere Monatsgage gezahlt als das Jahresbudget mancher Amateurvereine ausmacht.“ Die 2,4 Millionen Euro wären bei der Sportförderung für Kinder und Jugendliche viel besser angelegt.

### Umfrage steirischer Profifußball:

Sagen Sie uns Ihre Meinung und gewinnen Sie! Verlost werden Buchpreise und T-Shirts.

Wie sollen Spitzenfußballklubs finanziert werden? (Bitte ankreuzen)

- 1.) höhere Eintrittspreise
- 2.) Besseres Management, etwa niedrigere Gehälter für Profikicker
- 3.) Öffentlichen Geldern als Förderung

Weitere Vorschläge und Meinungen

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

Name: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

Falls Sie ein T-Shirt als Preis wollen, bitte Größe angeben (S/M/L/XL)



An die **Steirische Volksstimme**

co KPÖ Steiermark  
Lagergasse 98a  
8020 Graz

Fax: 0316 / 877 51 08



Diego Maradona, Star vieler vergangener Fußballweltmeisterschaften geht es nach einer schweren Lebenskrise und einer Kur in Kuba wieder besser.

### Sagen Sie uns Ihre Meinung!

KPÖ-Ernest Kaltenegger,  
Landhaus-Hinterhaus, 8010 Graz,  
Fax 0316/877 5108 oder email:  
volksstimme@kpoe-steiermark.at